

# Ungarn



**1848 | Räterepublik | Faschismus**

**Aufstand 1956 | Stalinismus**

**20 Jahre Kapitalismus | Orbán & Jobbik**

# Inhalt

Vorbemerkungen	1
Monarchie–Revolution–Diktatur–Massenmord Ungarn von 1848 bis 1945	2
Stalinismus in Ungarn (1945 – 1989)	11
Ungarn: Analyse von 20 Jahren Kapitalismus und dem Aufstieg der extremen Rechten und Perspektiven für die Zukunft	16
Ungarn–Vor Bankrott und Diktatur?	30
Zeittafel	37

## Impressum:

MHV: Sozialistische LinksPartei, Kaiserstraße 14/11, 1070 Wien  
Herstellungs- und Verlagsort: Wien, Druck: digiDruck, 1100 Wien  
Satz, Umbruch, Layout und Umschlaggestaltung: Harald Mahrer, Wien

# Vorbemerkungen

Spinnen denn die Ungarn? Abgesehen von den Klischees des bei Deutschen wie ÖsterreicherInnen gleichermaßen beliebten Urlaubslandes, verbinden die meisten Menschen Ungarn heute mit einer autoritären Regierung und marschierenden Faschisten. Die vorliegende Textsammlung ist demgegenüber der Versuch, die ungarische Wirklichkeit etwas genauer zu erfassen. Dabei betrachten die AutorInnen Ungarn aus unterschiedlichen Perspektiven: historisch, politisch und ökonomisch. Tilman Ruster und John Evers beleuchten zunächst die Geschichte Ungarns bis 1945. Dabei helfen Sie die großen Traditionen der ungarischen Räterepublik wiederzuentdecken. Sie geben darin auch Einblicke auf ein unter dem Horthy-Regime entwickeltes Bild des Ungarntums, welches auch heutige Denkmuster, wie jenes der neuen ungarischen Verfassungen, prägen. Laura Rafetseder arbeitet wesentliche Aspekte der ungarischen Revolution von 1956 sowie den tatsächlichen Gehalt des „Gulaschkommunismus“ bis 1989 auf. Darüberhinaus beschreibt sie die prokapitalistische Wende der ungarischen stalinistischen Bürokratie in den 1980ern, die bis heute ein vertracktes Links-Rechts-Schema in Ungarn bedeutet. Sophie Schindler und Rob Jones analysieren in einem ausführlichen Artikel die ökonomische Entwicklung und die Frage des Rechtsrucks und blenden dabei ebenfalls historische Aspekte nicht aus. Tilman Ruster nimmt im abschließenden Artikel vor allem die Entwicklung der ungarischen Innenpolitik unter die Lupe. Dabei beantwortet er die Frage, ob Orban jener antikapitalistische Kämpfer ist, als der er sich zuweilen ausgibt recht eindeutig. Alle AutorInnen ergreifen trotz sehr differenzierten Betrachtungen nicht nur klar Partei für die ungarischen ArbeitnehmerInnen, sondern beantworten die eingangs rhetorisch gestellte Frage „Spinnen denn die Ungarn“ eindeutig:

*„Viele Liberale und Linke haben Ungarn aufgegeben und meinen, es sei an die extreme Rechte gefallen. Das CWI stimmt dem nicht zu. Die mächtigste Kraft in der ungarischen Gesellschaft – die ArbeiterInnenklasse – hat die Bühne bisher noch gar nicht betreten. Es ist unvermeidlich, dass in der Zukunft Kämpfe um eine Reihe verschiedener Fragen – für demokratische Rechte, gegen Rassismus und Antisemitismus – entstehen werden. Die ArbeiterInnenklasse wird immer weniger die Wahl haben und muss sich gegen die Angriffe von Orbán auf Rechte und Lebensstandard der ArbeiterInnenklasse verteidigen. Dabei wird auch die Notwendigkeit einer Alternative zum neuen kapitalistischen Ungarn aufgeworfen werden.“*

Das CWI hat in den letzten Monaten den Kern für eine Gruppe ungarischer SozialistInnen gelegt und ist dabei eine kleine, aber aktive Kraft in der laufenden Widerstandsbewegung gegen Orban, Fidesz und Jobbik zu aufzubauen. Auch diese Broschüre soll letztlich nicht nur dazu dienen die Geschehnisse in Ungarn zu erklären, sondern im Sinne von Karl Marx die Welt (nicht nur in Ungarn) zu verändern.

John Evers, Wien im März 2012

# Monarchie–Revolution–Diktatur–Massenmord Ungarn von 1848 bis 1945

von Tilman M. Ruster und John Evers

Ungarische NationalistInnen werden heute nicht müde, sich auf das tausendjährige christliche Ungarntum zu berufen. In Wahrheit existierte Ungarn als selbstständiges Königreich nicht einmal in den ersten fünf Jahrhunderten (1000 bis 1526) ohne Unterbrechungen. Endgültig endete die Unabhängigkeit des ungarischen Territoriums Anfang des 16. Jahrhunderts. Fortan regierten die zunächst die Osmanen und dann die Habsburger. Die Osmanen waren zumindest phasenweise deutlich beliebter als die brutale Herrschaft der katholischen Habsburger. Erst im 19. Jahrhundert folgte die „Wiederentdeckung“ – also die Konstruktion – der ungarischen Nation im heutigen Sinne. Allerdings anders als in Westeuropa waren die Kräfte, welche die Ideale der französischen Revolution (Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit) vertraten, in Ungarn nur gering ausgeprägt. Selbst die Reformen unter Joseph II. drangen Ende des 18. Jahrhunderts kaum in das damalige Agrarland vor.

## Gescheiterte Revolution 1848 und Ausgleich 1867

Nichtsdestotrotz stellte Ungarn eines der Zentren der „europäischen Revolution“ 1848/49 dar. Wie in anderen Teilen Zentraleuropas kämpften gemäßigte und radikal-demokratische Kräfte um die Frage konstitutionelle Monarchie oder Republik. In Ungarn war diese Spaltung gleichbedeutend mit der Forderung nach einer bloßen Reform im Rahmen der Habsburgermonarchie oder eben der Errichtung eines ungarischen Nationalstaates. Die Solidarität mit den ungarischen RevolutionärInnen, welche Letzteres wollten und damit dem Habsburger-Reich wohl den Todesstoß versetzt hätten, war dabei gerade in Wien gewaltig. Im Oktober 1849 wurde allerdings die Revolte der Wiener Arbeiter- und HandwerkerInnen, die sich gegen den Befehl richtete, in der Reichshauptstadt stationierte Truppe nach Ungarn zu schicken, brutal niedergeschlagen. Das Wiener Bürgertum war vorher aus der Stadt geflohen und hatte diese den kaiserlichen Militärverbänden überlassen. Nach dem Ende der Revolution in Österreich machten österreichische, russische und kroatische Truppen dem Versuch ungarischer RevolutionärInnen einen unabhängigen Staat auszurufen ein brutales Ende. Mehr als 100 Anführer des Aufstandes wurden hingerichtet. Dem Revolutionsführer Kossuth gelang allerdings die Flucht. Während in Westeuropa 1848/49 die wachsende Angst des Besitzbürgertums vor den städtischen Unterschichten zur Spaltung und Niederlage geführt hatte, war es in Osteuropa vor allem die Landfrage gewesen. Der Versuch bürgerlicher Kräfte und einiger Adelige 1848 die Habsburgerherrschaft abzuschütteln, scheiterte vor allem daran, dass die ungarischen nationalen Eliten keine durchgreifende Landreform umsetzen wollten. Ihre „Bauernbefreiung“ erfasste in der Realität weniger als die Hälfte der Landbevölkerung. Ebenso ignorierten gerade auch die Leute um Kossuth die multiethnische Realität der ungarisch dominierten Gebiete. Autonomie für ande-

re Nationalitäten war nicht vorgesehen, ebenso wenig das Wahlrecht für Juden und Schichten unterhalb des Bürgertums. Selbst das passive Wahlrecht wollten die ungarischen RevolutionärInnen an die Beherrschung der ungarischen Sprache binden. Nach 1848 begann sich das ungarische Bürgertum neu zu orientieren und sich den traditionellen Eliten, also den adeligen GroßgrundbesitzerInnen, unterzuordnen. Diese „Magnaten“ einigten sich mit den deutschsprachigen Führungsschichten der westlichen, „österreichischen“ Reichshälfte 1867 auf einen Ausgleich, der die innere Selbstverwaltung für die ungarische Reichshälfte bedeuten sollte. Die Idee eines ethnisch einheitlichen Großungarns – wenn auch im Rahmen der Doppelmonarchie – war und blieb eine bestimmende Konstante der alten und neuen ungarischen Eliten. Im Inneren gebärdete sich der ungarische Nationalismus aggressiv und nicht zuletzt antisemitisch. Als einziger Erbe der demokratischen Forderungen von 1848/49 sollte sich in Folge die ungarische ArbeiterInnenbewegung erweisen.

### **Die ungarische Reichshälfte 1867 bis 1914**

Der riesige ungarische Reichsteil stellte im Habsburgerstaat die Hälfte der landwirtschaftlichen Produktion und nach einem späten Industrialisierungsschub um 1900 schließlich auch ein Drittel der industriellen Produktion. Gleichzeitig blieben die sozialen und politischen Verhältnisse durch die innere Selbstverwaltung noch weitaus rückständiger als im westlichen Reichsteil. Ungarn blieb strukturell ein Agrarland, in dem nur eine kleine Minderheit der arbeitenden Bevölkerung nicht landwirtschaftlich tätig war. Ebenso besaßen weiter 0,3 Prozent der Bevölkerung ein Drittel der Landfläche. Die alten feudalen Strukturen waren umfassend spürbar: Die Magnaten bestimmten die Innenpolitik, verhinderten demokratische Reformen und unterzogen unter tatkräftiger Mithilfe des ungarischen Bürgertums, die nationalen Minderheiten (die zusammen in Wahrheit die Mehrheit der Bevölkerung stellten) einer brutalen Politik der Magyarisierung. Das städtische Besitzbürgertum verwendete demgegenüber seine politische Energie auf die repräsentative Ausgestaltung der großen Städte, v.a. der Metropole Budapest. Zwischen 1885 und 1904 wurde dort am Donauufer nicht zuletzt eines der größten Parlamentsgebäude der Welt errichtet. Doch politisch war dieses Parlament bis zum Ende der Monarchie sowohl machtlos wie auch nicht repräsentativ. Franz Josef regierte als ungarischer König über weite Strecken autoritär. Gerade mal 12% der Bevölkerung über 21 Jahre hatte das Wahlrecht. Nur fünf von 413 Mitgliedern des Parlaments stammten von nichtungarischen Volksgruppen. Insgesamt saßen nur zwei Bauern und kein Arbeiter im Parlament.

### **Die sozialistische Bewegung in Ungarn vor dem 1. Weltkrieg**

Eine echte Opposition gab es demgegenüber vor allem in Form der 1890 gegründeten Magyarországi Szociáldemokrata Párt (ungarisch-sozialdemokratische Partei (MSZDP)). Diese organisierte in den wenigen industriellen Zentren über ihre Partei- und Gewerkschaftsorganisationen die ArbeiterInnenschaft fast geschlossen. Ähnlich wie in anderen sozialdemokratischen Parteien setzte sich bereits vor 1914 der reformistische gegenüber dem revolutionärem Flügel durch Gleichzeitig ließ allerdings – anders als in Westeuropa – die repressive politische Realität im Staat kaum Spiel-

raum für reformistische Experimente. Den Parteilitag prägte eine sehr aktive und relativ radikale politische Praxis. In zahlreichen Streiks mussten elementare Rechte nicht nur gegen die UnternehmerInnenseite, sondern einen brutalen Polizei- und Geheimdienstapparat durchgesetzt werden. 1914 riss dieser rote Faden aber auch in Ungarn zunächst abrupt ab. Selbst hier mobilisierte die Partei nicht gegen den Krieg. Trotzdem war in den Widersprüchen der östlichen Staatshälfte des Reichs und den vergleichsweise radikalen Traditionen der ungarischen Sozialdemokratie, eine der Grundlagen für die bald folgenden, revolutionären Ereignisse gelegt.

## **Ungarn im 1. Weltkrieg**

Der 1. Weltkrieg traf Ungarn besonders hart: Die ungarischen Soldaten waren im Vergleich zu ihren österreichischen Kameraden zum Teil noch schlechter ausgerüstet und wurden an allen Fronten des brutalen Stellungskrieges eingesetzt. Anfang 1917 waren von den 3,8 Millionen Soldaten 600.000 tot, 750.000 schwer verletzt und ebenso viele in Gefangenschaft. Davon nicht wenige im zunehmend revolutionären Russland. Besonders bemerkenswert war, dass 81.000 Soldaten zu diesem Zeitpunkt bereits desertiert waren. An der „Heimatfront“ wuchs das Elend noch schneller an. Die Arbeit wurde militarisiert, die Löhne von FacharbeiterInnen halbiert und die der Tagelöhner um 40% gesenkt. Im Juni 1918 waren die Brotrationen auf bis zu 50g pro Person geschrumpft. Gleichzeitig zeichnete sich bereits seit Monaten die Niederlage und damit ein möglicher Zerfall des Staatsgebildes ab.

## **Das Pendel beginnt wieder nach links auszuschlagen**

Die Entwicklung der folgenden Monate war von zwei Aspekten geprägt: Erstens von der sozialen und politischen Revolution. Zweitens von der Frage der künftigen Grenzen eines ungarischen (Rest-)Staates. Bereits 1917 begann Ungarn in eine revolutionäre Krise zu schlittern. Auf der politischen Ebene spielte zunächst die Wahlrechtsfrage eine zentrale Rolle. Nicht nur die MSZDP, sondern auch diverse bürgerliche Parteien, strengten zumindest verbal eine Reform an. Während die Parteiführung auf die Befindlichkeiten dieser neuen „Bündnispartner“ schielte, sorgten Demonstrationen und Streiks für immer mehr Druck. Die Basisorganisationen der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie füllten sich zunehmend mit neuen Mitgliedern und deren Erwartungen. Dem Vorbild ihrer „Feinde“ an der russischen Front folgend verließen nicht nur viele Soldaten die Schützengräben, um an den Protesten teilzunehmen. Ebenso lernten ungarische Kriegsgefangene die russische Revolution kennen und spielten nach ihrer Freilassung eine wichtige Rolle bei der Verankerung der Ideen der Bolschewiki in Ungarn. Einer dieser Schlüsselpersonen war der ehemalige Kriegsgefangene Bela Kun, der zu einer zentralen Figur der ungarischen Räterepublik werden sollte.

## **Erste Radikalisierungswelle 1917/18: Ende der Monarchie**

Ähnlich wie in Russland standen jetzt vor allem die Forderungen nach Land, Frieden und Brot im Vordergrund. Unabhängig von der MSZDP, die in eine Koalitionsregie-

rung mit bürgerlichen Kräften eintrat, bildeten sich ArbeiterInnen-, BäuerInnen und Soldatenräte im ganzen Land. Das politische System der Monarchie war am Ende: Die Koalitionsregierung gründete einen neuen, provisorischen Nationalrat. Der Kaiser versuchte daraufhin durch die Ernennung eines neuen, pro-habsburgischen Ministerpräsidenten die Situation für sich zu retten. Hier zeigte sich zum ersten Mal in Ungarn die große Macht, die inzwischen von der Bewegung ausging. Allerdings hoffte die Mehrheit noch auf einen einfachen Weg zu grundlegenden Veränderungen. Viele ArbeiterInnen und BäuerInnen setzten dabei große Hoffnungen in „den roten Grafen“ Mihály Károlyi. Dieser stammte zwar selbst aus einer der reichsten Aristokratenfamilien Ungarns, hatte sich aber mit sozialer Rhetorik, seinem erklärten Pazifismus, der Forderung nach einer Landreform und nach Unabhängigkeit von Österreich populär gemacht. Ihn wollten die Räte als Ministerpräsidenten haben. In der Nacht zum 31. Oktober 1918 besetzten Soldatenräte Budapest und entwaffneten die Offiziere. Der Nationalrat kündigte die „Reunion“ mit Österreich und wählte Károlyi zum Präsidenten an die Spitze einer bürgerlich-sozialdemokratischen Koalition. Diese rief am 16. November die Republik aus. Ungarn hatte binnen zwei Wochen seine bürgerliche Revolution umgesetzt; allerdings vollbracht durch die Formationen der ArbeiterInnenbewegung und nicht unter Führung des Bürgertums! Es ist in diesem Zusammenhang übrigens bezeichnend, dass die Statue von Mihály Károlyi in der Nähe des Parlaments in Budapest heute nicht nur eine beliebte Zielscheibe für Attacken der faschistischen Jobbik ist, sondern von der rechten, Orbánregierung entfernt werden soll. Selbst diese Traditionen betrachtet die angeblich „bürgerlich-demokratische“ Fidesz als linke Provokation.

## Zerfall, Chaos und Repression

Das Einsetzen des revolutionären Wandels wurde vom Zerfall des ehemaligen Staatsgebiets der ungarischen Reichshälfte begleitet. In Zentral- und Osteuropa unterstützten die Westmächte die Bildung einer Vielzahl neuer Nationalstaaten aus der „Konkursmasse“ der Doppelmonarchie. Der amerikanische Präsident Wilson hatte die Forderung Lenins nach dem nationalen Selbstbestimmungsrecht aufgegriffen. Real machten Sie die Westmächte freilich nur für bestimmte nationale Minderheiten – v.a. jene des Habsburgerstaates – geltend, um diese gegen die Ausdehnung der Russischen Revolution zu richten. Das Ziel dieser Strategie bestand darin künftige Bündnispartner in der Region zu gewinnen und einen „Sicherheitsgürtel“ gegen Sowjetrußland zu bilden. Durch die Bildung der Tschechoslowakei, (Groß-)Rumäniens und Jugoslawiens (SHS-Staat) verlor demgegenüber Ungarn zunächst die Hälfte seines ehemaligen Territoriums. Im Inneren des restlichen Gebietes steigerte sich die Wut der Menschen auf die Regierung durch das Ausbleiben der versprochenen Landreform. Schließlich begannen die Räte selbst damit, das Land der Großgrundbesitzer unter den Kleinbauern aufzuteilen. Auch Fabriken und Bergwerke wurden besetzt und Räte und Gewerkschaften übernahmen die Kontrolle über die Produktion. Die Koalitionsregierung schützte demgegenüber die Interessen der alten Kräfte: Ende November 1918 wurden im Raum zwischen Mur und Drau mindestens 200 Aufständische ermordet. Am 3. Jänner 1919 besetzten Bergarbeiter und Soldaten die Gruben von Salgótarján. Die MSzDP entsandte einen Gewerkschaftssekretär

dorthin, der das Standrecht verhängte. 16 Menschen wurden hingerichtet und weitere 50 in Haft genommen.

## **Gründung der Kommunistischen Partei**

Repressionsmaßnahmen wie diese radikalisierten nicht nur die Räte, sondern führten auch zu einer zunehmenden Polarisierung in der Sozialdemokratie. Wichtig dabei waren auch die über 700.000, v.a. aus Russland heimkehrenden, Kriegsgefangenen, die sich Waffen besorgten und sich in die Räte eingliederten. Aus diesem Umfeld bildete sich am 24. November 1918 die Kommunistische Partei Ungarns (KMP). Schon im Jänner 1919 zählte sie 35.000 Mitglieder und hatte starken Einfluss in den Räten und Gewerkschaften. Nach russischem Vorbild erklärte sie die KMP die Regierung für unfähig, die Forderungen nach Land, Frieden und Brot zu erfüllen und trat für eine sozialistische Räterepublik ein. Tatsächlich existierte zu diesem Zeitpunkt bereits eine Doppelmacht in Ungarn. Die Räte organisierten weite Teile der Gesellschaft und erfüllten staatliche Funktionen. Alleine der Budapester Soldatenrat umfasste ca. 40.000 Bewaffnete.

## **Zweite Radikalisierungswelle 1919**

Der Versuch diese Macht durch das Verbot der Kommunistischen Partei entscheidend zu schwächen, scheiterte im Februar 1919. Mit Zustimmung der sozialdemokratischen Minister wurden 200 Personen verhaftet, darunter die Führung der KMP. Dieser Akt erzeugte allerdings statt der erhofften Einschüchterung eine breite Welle der Solidarität in der Öffentlichkeit. Ministerpräsident Károlyi agierte nun zunehmend panisch. In der Hoffnung ein Beispiel zu geben teilte er seinen eigenen, beträchtlichen Grundbesitz unter KleinbäuerInnen auf. Keiner seiner Standesgenossen folgte ihm allerdings. Zwangsmittel konnte und wollte er umgekehrt auch nicht mehr anwenden, da er sich so die letzte Basis für seine Koalitionsregierung zerstört hätte. Jetzt wurde besonders deutlich, dass diese Regierung die Landfrage nicht lösen würde. Die Westmächte reagierten auf diese innere Zuspitzung mit erhöhtem Außendruck: Ultimativ forderten sie die ungarische Regierung auf, weitere Gebiete, nun auch jene mit großen ungarischen Bevölkerungsanteilen, abzutreten. Ansonsten drohe der Einmarsch. Der sich abzeichnende revolutionäre Flächenbrand sollte auf diese Weise zumindest von Außen eingedämmt werden. Doch gerade dieser Schritt leitete eine entscheidende Wende im politischen System Ungarns ein: Die Regierung Karoly dankte sang- und klaglos ab, während die Mehrheit der Sozialdemokratischen Partei nach links rückte und die Vereinigung mit der Kommunistischen Partei anstrebte. Die KP-Führung war schließlich in dieser historischen Krise – im Gegensatz zu den später selbsternannten „Rettern des Vaterlandes“ – als einzige bereit, die auf der Straße liegende Macht in die Hand zu nehmen.

## **Ausrufung der Räterepublik im März 1919**

Am 21. März 1919 vereinigten sich 600.000 SozialdemokratInnen und 200.000 KommunistInnen zur Magyarországi Szocialista Párt (Ungarländische Sozialistische

Partei (MszP)). Am gleichen Tag wurde die Räterepublik ausgerufen! Analog zu den russischen Bolschewiki wurde ebenfalls das unbedingte Selbstbestimmungsrecht der Nationen proklamiert. Als einziger Kommunist trat der Parteivorsitzende Béla Kun als Kommissar für Äußeres in die erste Reihe der Regierung ein. Alle anderen Kommissare waren Sozialdemokraten mit kommunistischen Stellvertretern. Nach schnell durchgeführten Wahlen wurde die Regierung aber zugunsten kommunistischer Kommissare umgestellt und Béla Kun zur zentralen Figur der Revolution.

Die Entente Mächte machten nun ihre Drohung wahr und marschierten mit 120.000 Soldaten ein. Dazu unterstützten sie erneut die Nachbarstaaten Ungarns und lockten sie mit Gebietsversprechungen in den Krieg. So schlossen sich ca. 100.000 weitere Soldaten der Invasion an. Zusätzlich installierte die Entente eine konterrevolutionäre Exil-Regierung unter dem ehemaligen K u. K-Admiral Miklós Horthy, der weitere 5.000 Soldaten in den Krieg führte. Die Räteregierung hatte schon am 25.3. mit dem Aufbau einer Roten Armee begonnen. Im Juni umfasste sie 285.000 Soldaten, die zwar hoch motiviert aber schlecht ausgerüstet waren.

Dennoch begann der Krieg für die Revolution mit einer Reihe von Erfolgen. Es gelang nicht nur eine funktionsfähige Verteidigung zu organisieren, sondern die ungarische Rote Armee half auch bei der Errichtung einer slowakischen Räterepublik. Auch gab die Regierung zurückeroberte Gebiete an die Ukraine ab, ganz im Sinne der nationalen Selbstbestimmung der ehemaligen Minderheiten in Ungarn.

### **Für die sozialistische Demokratie – aber Versagen bei der Landreform**

Die Rotarmisten kämpften für die sozialistische Revolution. Ihre Politik der demokratischen Vergesellschaftung der Industrie war ein klares und positives Angebot für das städtische Proletariat. Doch im Agrarland Ungarn sehnte sich ein großer Teil der Bevölkerung nach einem eigenen Stück Land, das durch die bisherigen, halbfeudalen Strukturen nur wenigen zugekommen war. Die Regierung unter Béla Kun wollte demgegenüber den Großgrundbesitz ebenfalls zügig kollektivieren; nicht zuletzt um die Produktion zu steigern. Statt vieler kleiner Agrar-Betriebe wurden große Einheiten geplant, die dann demokratisch verwaltet worden wären. Viele der Soldaten mit bäuerlichem Hintergrund verstanden aber nur, dass ihnen „ihr Land“ – das sie teilweise gerade erst besetzt hatten – wieder genommen werden sollte. Viele brachte das gegen die Revolution auf und sie waren nicht länger bereit, für sie zu kämpfen. Die ungarische Revolution verlor durch diesen Schritt einen großen Teil der Unterstützung. So im Inneren geschwächt konnte sie dem Ansturm der konterrevolutionären Truppen erst recht nicht mehr lange standhalten. In Russland hatte die revolutionäre Räteregierung der Bolschewiki das Problem 1917/18 demgegenüber wesentlich besser verstanden. Statt das Land zwangsweise zu kollektivieren wurde es aufgeteilt. Die demokratische Kollektivierung wurde langsamer angegangen: Mit Freiwilligen sollten Musterbetriebe errichtet werden, die die Landbevölkerung von den Vorteilen einer kollektivierten Landwirtschaft überzeugen sollten. Unter Stalin wurde allerdings mit dieser Politik gleich zweimal gebrochen. Einer Politik die zunächst das alte Großbauerntum wieder zuließ, folgte eine brutale Zwangskollektivierung die Millionen Menschenleben kostete und den Charakter eines Bürgerkriegs annahm.

## Die Räterepublik bleibt isoliert und muss kapitulieren

Neben dem grundsätzlichen Problem der Landfrage, führte eine Reihe von strategischen und taktischen Fragen in die Niederlage. Der Gegner war nicht nur militärisch weit überlegen, sondern brach auch verschiedene Vereinbarungen über Gebietsräumungen, an welche sich die Räteregierung penibel hielt. Vor allem aber blieb die erhoffte Revolution im Westen aus. Insbesondere die österreichische Sozialdemokratie bekundete immer wieder zwar angeblich im Herzen bei den ungarischen Brüdern und Schwestern zu sein, tat aber real nichts um sie unterstützen. Später stellte sich heraus, dass vor allem der „Austromarxist“ Otto Bauer (bis Juli 1919 Außenminister) die Krise Ungarns benutzt hatte, um bei den Westmächten die Angliederung Westungarns (heute Burgenland) an Österreich voranzutreiben. Nach der Kapitulation der Roten Armee im Süden trat die Räteregierung mit Béla Kun nach 133 Tagen am 1. August 1919 zurück. Die Nachfolgeregierung, die von der Gewerkschaftsführung getragen wurde, stellte nur eine kurze Episode dar. Ungarn wurde in Folge zur Gänze besetzt: Der „nationale Retter Ungarns“ Miklas Horthy marschierte getragen von rumänischen Truppen (!) auf einem weißen Schimmel in der Hauptstadt ein. Die Antwort der alten konservativen Eliten, aber auch des Bürgertums und ihrer Bündnispartner im Westen, lautete nicht demokratische Republik, sondern Diktatur und Repression gegenüber allen Schattierungen der „roten Gefahr“.

## 25 Jahre Horthy-Herrschaft beginnen mit Mord und Repression

Bis heute stellt Horthys Herrschaft einen positiven Bezugspunkt für das gesamte rechte Lager in Ungarn dar. Seine Herrschaft bedeutete zunächst eine Welle des „weißen Terrors“. 5.000 Menschen wurden von Sonderkommandos ermordet bzw. zu Tode gefoltert, 70.000 in Lager verschleppt und 100.000 ins Exil gezwungen. Ungarn führte im März 1920 die Monarchie wieder ein. Allerdings rief sich Horthy selbst zum „Reichsverweser“ (= Vertreter des abwesenden Monarchen). Karl Habsburgs Versuche sich wieder als ungarischer König einzusetzen blieben demgegenüber erfolglos. Im Juni 1920 unterzeichnete die Regierung den Vertrag von Trianon (analog anderer Pariser Friedensverträge wie Versailles oder St. Germain). Ungarn verlor 2/3 seines ehemaligen Gebietes und gehörte damit zu jenen Kräften in Europa, die – wie später Hitlerdeutschland – aktiv, an einer Revision der Nachkriegsordnung interessiert war.

## Die neue ungarische Staatsideologie und die relative Schwäche der Diktatur

Die Schuld für die Revolution und letztlich auch der Vertrag von Trianon wurde einer Verschwörung der „antiungarischen Elemente“ – Sozialismus, Liberalismus und v.a. dem Judentum – gegeben. Z.B. wurde immer wieder auf den jüdischen Hintergrund mehrerer Mitglieder der Räteregierung verwiesen. Getragen von einer Staatsideologie die von einer kruden Mischung aus Nationalismus und Revanchismus, einem konservativen Christentum und „modernen“ (rassischen) antisemitischen Vorstellungen bestand, kreierte nicht nur das bis heutige gängige Feindbild des urbanen, „wurzellosen Liberalbolschewiken“. Bereits im September 1920 wurde in Ungarn, als erstem Land im modernen Europa und lange vor den Nürnberger Gesetzen, ein

antisemitisches Gesetz erlassen. Fortan existierte an den ungarischen Universitäten ein spezieller Numerus Clausus für JüdInnen; d.h. es wurden nur so viele jüdische StudentInnen zugelassen, wie es dem jüdischen Anteil an der Gesamtbevölkerung entsprach. In seiner Praxis war das ungarische Rechtsregime allerdings deutlich schwächer als die faschistischen Diktaturen, die ihm in anderen Teilen Europas folgen sollten. Das System bewahrte sich in den 1920er und 30er Jahren einen Scheinparlamentarismus der streckenweise u.a. eine loyal operierende Sozialdemokratie duldete. Ebenso kam es im Zuge der Wirtschaftskrise 1929/30 zu großen Streiks und Demonstrationen. Die KP agierte – im Gegensatz zur Sozialdemokratie – in permanenter Illegalität und blieb eine schwache Partei. Bela Kun und die gesamte Parteiführung fielen im Moskauer Exil den Säuberungen zum Opfer, die Partei wurde von Stalin aufgelöst und als treuer Satellitenverein neu organisiert.

## Der letzte Akt – Ungarn im 2. Weltkrieg

Horthys Bestrebungen, den Vertrag von Trianon zu revidieren waren zunächst von Bemühungen geprägt, im Donauraum gemeinsam mit dem faschistischen Italien und Österreich eine gewisse Rolle zu spielen. Mit der Machtergreifung des Nationalsozialismus in Deutschland suchte eine starke Fraktion in der herrschenden Klasse um den mehrmaligen Ministerpräsidenten Gyula Gömbös die Annäherung an Hitler. 1937 verabschiedete das Land weitere Gesetze, welche die Bürgerrechte von JüdInnen einschränkten. Ab 1935 erfolgte zudem ein Formierungsprozess aus dem 1939 die faschistische Pfeilkreuzlerpartei unter Szalasi hervorging. Sie erhielt im selben Jahr 25 % der Stimmen (900.000) bei den Wahlen und verfügte über 250.000 Mitglieder. Mit dem Münchner Abkommen 1938 und dem Beginn des 2. Weltkriegs begann Hitler-Deutschland Europa neu zu ordnen. Ungarn erhielt von Deutschlands Gnaden in zwei Schritten („Wiener Schiedssprüche“ 1938 und 1940) Gebiete der Nachbarstaaten zugesprochen. Dafür trat Horthy 1939 dem Anti-Kominternpakt bei und beteiligte sich 1941 am Überfall auf die Sowjetunion. Ungarische Truppen beteiligten sich auch an den Verbrechen hinter der Front. Ebenso waren 1941 aus ungarisch besetzten Gebieten 23.600 JüdInnen in deutsch besetzte Gebiete vertrieben worden, die dort ermordet wurden. 40.000 ungarische JüdInnen starben 1943 als Zwangsarbeiter an der Front. Das Horthy-Regime selbst schwankte allerdings zunehmend zwischen einer immer stärkeren wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeit von Deutschland und der ab 1942/43 sich abzeichnenden Niederlage Hitlers. In Nazideutschland blieb diese Entwicklung nicht unbemerkt und man begann von außen Druck auf Horthy zu entwickeln und im Inneren besonders extreme Kräfte, v.a. die Pfeilkreuzler, zu unterstützen. Als ideologischer und strategischer Anker fungierte dabei der Massenmord an den ungarischen JüdInnen. Durch dessen schnelle Durchführung die man nun von Ungarn verlangte sollte das Bündnis der beiden Staaten unumkehrbar gemacht werden. 1943/44 führte die Regierung unter Premierminister Miklós Kállay sowohl Geheimverhandlungen mit den Westmächten, als auch die Ausschaltung von JüdInnen aus dem öffentlichen Leben durch. Die deutsche Besetzung Ungarns und die Übernahme der Regierungsgeschäfte durch den ungarischen Faschismus im März 1944 beendete dieses Taktieren und eröffnete den letzten Akt des europäischen Holocausts. Von den 825.000 Personen, die in Ungarn innerhalb der Grenzen

von 1941 bis 1945 lebten und als JüdInnen angesehen wurden, kamen im Holocaust etwa 565.000 ums Leben. Die meisten davon wurden 1944 binnen weniger Monate nach Auschwitz deportiert. Lediglich in Budapest überlebte zwar eine größere Anzahl von JüdInnen, aber auch hier fielen in den letzten Kriegstagen Tausende den Massakern ungarischer Pfeilkreuzler zum Opfer. Nicht zuletzt 6.000 ungarische Roma wurden ebenfalls durch das Horthy-Regime ermordet. Sie wurden zur Zwangsarbeit gezwungen und besonders auf dem Land wie SklavInnen behandelt. Horthy selbst hatte es nicht für notwendig empfunden zurückzutreten; er war bis zum 16. Oktober 1944 im Amt geblieben und wurde erst dann durch die deutsche Armee verhaftet und eingekerkert.

Für Ungarn endete der 2. Weltkrieg am 4. April 1945 mit der vollständigen Eroberung durch die sowjetische Armee. Insgesamt starben ca. 900.000 UngarInnen im 2. Weltkrieg. Das Land war in weiten Teilen zerstört. Horthy selbst verbrachte seinen Lebensabend übrigens unbehelligt im portugiesischen Exil.

# Stalinismus in Ungarn (1945 – 1989)

basiert auf Artikel von Steve Kühne auf [sozialismus.info](http://sozialismus.info)  
und Claire Doyle auf [socialistworld.net](http://socialistworld.net)

Nach dem Ende des 2. Weltkrieges wurde in Ungarn ein Regime nach dem Vorbild der Sowjetunion unter Stalin errichtet. Die faschistische Diktatur war zusammengebrochen, die Rote Armee einmarschiert. Ungarische KapitalistInnen traten die Flucht an. Moskau tat alles, um eine unabhängige Bewegung der arbeitenden Bevölkerung abzuwürgen. In dem industriell unterentwickelten Land herrschte Mangel. Die Verstaatlichung der Großbetriebe und die Einführung einer geplanten Wirtschaft bedeuteten einen gewaltigen Fortschritt und wandelte das Land in den folgenden Jahrzehnten zum modernen Industriestaat. Allerdings kontrollierte von Beginn an eine stalinistische Bürokratie die geschaffenen Werte. In der Landwirtschaft wurde eine Zwangskollektivierung vorangetrieben. Die bürokratische Clique an der Spitze des Staates lag auf der Planwirtschaft wie ein schwerer Ballast. Der Überwachungsapparat verschlang riesige Ressourcen, GeheimpolizistInnen verdienten bis zu 16 mal mehr als ArbeiterInnen. Einer Million MitarbeiterInnen dieses Apparates standen nur 3,5 Millionen produktiv Arbeitende gegenüber. Die Geheimpolizei AVH führte Säuberungen durch, es gab tausende politische Gefangene, die in Lagern interniert wurden und/oder Zwangsarbeit leisten mussten. Die einseitige Konzentration auf die Schwerindustrie beeinträchtigte die Versorgung. Ständige Normerhöhungen trieben die Beschäftigten zu immer größerer Arbeitshetze. Die Löhne waren gering, die Preise stiegen viermal schneller. Die Hoffnungen auf echte ArbeiterInnendemokratie waren gründlich enttäuscht worden. Das Leben für die ungarische ArbeiterInnenklasse war unerträglich geworden.

## „Entstalinisierung“

Mit dem Tod Stalins 1953 stellte sich für die Bürokratie in der Sowjetunion und in den Ostblockstaaten die Frage nach dem weiteren Weg. Machtkämpfe tobten. Nur drei Monate nach Stalins Tod kam es zum ArbeiterInnenaufstand in der DDR. Mit der „Geheimrede“ Chruschtschows auf dem 20. Parteitag der KPdSU 1956 wurde die „Entstalinisierung“ verkündet. Chruschtschow kritisierte demokratische Mängel, Benachteiligung von nationalen Minderheiten in der UdSSR und Deportationen nach Sibirien. Diese Kritik machte er aber einzig und allein an der Person Stalins fest. Das System selber wurde nicht in Frage gestellt. Die „Entstalinisierung“ erschöpfte sich vielfach in veränderten Namensgebungen. So hieß Stalinstdtchen in der DDR fortan Eisenhüttenstadt.

## In Ungarn brodelte es

Bereits 1953 erschütterten schwere Streiks Ungarn. Selbst die gefürchtete Geheimpolizei AVH konnte die „Arbeitsdisziplin“ nicht wieder herstellen. Die Bürokratie musste reagieren. Die sowjetische Spitze bestellte die ungarische Staatsführung nach

Moskau. Der Ministerpräsident Matyas Rakosi wurde durch den „Reformkommunisten“ Imre Nagy ersetzt. Dessen Politik zielte im Wesentlichen auf eine wirtschaftliche Liberalisierung ab. Es gab zwar auch einzelne politische Zugeständnisse, umfassende demokratische Rechte gehörten aber nicht zum Programm. Doch selbst dieser Kurs dauerte nicht lange. Hegedüs ersetzte Nagy 1955 und nahm dessen Reformen zurück. Im Hintergrund zog Rakosi, weiterhin Generalsekretär der KP, die Fäden.

## Der Aufstand

Der ungarische Schriftstellerverband weigerte sich 1956, die von der KP-Führung ausgearbeitete Vorstandsliste abzusegnen und wählte einen eigenen Vorstand. Im Petöfi-Zirkel – im April des Jahres von der studentischen KP-Jugendorganisation gegründet – wurden die kritischen Stimmen immer lauter. Der Druck wuchs. Rakosi, der auf verschärfte Repression setzen wollte, wurde als Erster Sekretär der KP durch die Führung in Moskau abgesetzt. Sein Nachfolger Gerö war zwar nicht weniger Stalinist als Rakosi, aber im Vorgehen doch etwas geschickter. Er verzichtete, anders als sein Vorgänger, zunächst auf Massenverhaftungen. Doch damit allein war die Woge des Unmuts, die durch Ungarn zog, nicht mehr zu stoppen. Bereits im März 1956 hatte die ungarische Bürokratie öffentlich zugeben müssen, zahlreiche Morde begangen zu haben. So war Leslo Rajk, Stalin-Anhänger und ungarischer Innenminister, in einem Schauprozess mittels gefälschter Beweise schuldig gesprochen und schließlich umgebracht worden. Anfang Oktober 1956 wurde er rehabilitiert und feierlich beigesetzt. Zu dieser Beisetzung kamen 200.000 Menschen.

Die Ereignisse in Polen zu diesem Zeitpunkt hatten enorme Wirkung. Nach Massenprotesten im Juni 1956 wurde Gomulka dort am 21. Oktober zum Ersten Sekretär der polnischen KP ernannt. Das war ein Erfolg des nationalistischen Flügels der Bürokratie, wurde aber von der polnischen ArbeiterInnenklasse als Erfolg gefeiert.

Am 23. Oktober rief der Petöfi-Kreis zu einer Demonstration in Budapest „zur Unterstützung des polnischen Volkes“ auf. Diese wurde zunächst verboten, als sich jedoch Zehntausende in der Innenstadt einfanden, hob die Bürokratie das Verbot wieder auf. Die Schriftsteller-Gewerkschaft brachte programmatische Forderungen vor, die begeistert aufgenommen wurden. Punkt 1 lautete: „Wir wollen eine eigenständige, nationale Politik, die auf den Prinzipien des Sozialismus basiert.“

Zur gleichen Zeit hielt Gerö eine Rundfunkansprache, in der er den DemonstrantInnen vorwarf, für die Einführung des Kapitalismus zu sein und ankündigte, sie zu bekämpfen. Daraufhin zogen Tausende vor das Radiogebäude. Eine Abordnung ging hinein und forderte eine Berichtigung. Als sie durch die AVH behindert wurden, eskalierte die Situation. Die DemonstrantInnen versuchten ins Gebäude einzudringen, daraufhin eröffnete die AVH vom Dach des Gebäudes das Feuer.

## ArbeiterInnenräte

Diese Provokation ließen die ArbeiterInnen und Jugendlichen nicht unbeantwortet. Die Beschäftigten der Rüstungsindustrie gaben Waffen aus. In der Nacht vom 23. zum 24. Oktober wurden überall in der Stadt Barrikaden errichtet. Über den Rundfunk wurde das Gerücht verbreitet, faschistische Putschisten würden öffentliche Gebäu-

de attackieren. Nagy war erneut zum Ministerpräsident ernannt worden, um die Massen zu beschwichtigen. Dennoch schritt der Aufstand weiter voran. Durch die Verlegung russischer Truppen nach Budapest wurde die Stimmung weiter aufgeheizt.

Noch am 24. Oktober entstanden in vielen Budapester Betrieben Räte. Bis Ende Oktober hatte diese Bewegung ganz Ungarn erfasst. Selbst der UN-Bericht über den Aufstand sah darin das auffallendste Merkmal der ungarischen Ereignisse.

Dabei war diese Bewegung nicht „auffällig“, sondern für eine ArbeiterInnenklasse, die um ihre Befreiung kämpft, nichts völlig Neues. In der Pariser Kommune 1871, in den russischen Revolutionen 1905 und 1917, in der deutschen Novemberrevolution von 1918, ja auch in Ungarn 1918/19 waren solche Räte entstanden.

Am 25. Oktober demonstrierten wieder Tausende vor dem Parlament gegen Gerö. Doch der ließ auf die unbewaffneten DemonstrantInnen feuern. Hunderte wurden getötet. Selbst herbeieilende Krankenwagen wurden von der AVH beschossen.

Imre Nagy war die letzte Hoffnung der Bürokratie. Er sollte die Massen beruhigen. Nagy verfügte eine Feuerpause, bildete die Regierung um und löste die AVH auf. Am 30. Oktober schaffte er das Einparteiensystem ab. Die russischen Truppen erhielten aus Moskau Anweisung, sich zurückzuziehen. Zu viele Soldaten waren übergelaufen, die Truppen waren einfach nicht mehr verlässlich.

Nicht nur in den Fabriken, sondern in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens (ob Schulen, Unis, Klinken oder Armee) wurden in jenen Tagen Räte ins Leben gerufen. Diese Räte etablierten eine Doppelherrschaft. Zum einen gab es die Räte, zum anderen weiterhin die KP-geführte Regierung (mit ihrer Verbindung nach Moskau). Hier musste früher oder später eine Entscheidung fallen.

Die Räte, wie in Russland 1917 rechenschaftspflichtig und jederzeit wähl- und abwählbar, ermöglichten Diskussionen über die politische und wirtschaftliche Situation. Überall, wo die Symbole des verhassten stalinistischen Regimes nicht schon gefallen waren, wurden sie nun gestürzt. Stalin-Statuen fielen wie Bäume, wenn man einen Wald rodet.

Der neu gegründete Nationalrat Freier Gewerkschaften forderte die Bildung von ArbeiterInnenräten in allen Betrieben, um eine ArbeiterInnenverwaltung durchzusetzen. Auf dieser Basis sollte die Planung der Wirtschaft gemeinsam übernommen werden. Gefordert wurden zudem Lohnerhöhungen, freie Abstimmung in den Betrieben über festzulegende Normen, Pensionserhöhungen und eine Anhebung des Kindergeldes. Klingt das nach einem Programm der kapitalistischen Konterrevolution?

Die ungarische Massenbewegung stellte 1956 das Staatseigentum an den Produktionsmitteln und die Planung der Wirtschaft nicht in Frage. Sie verfolgte nicht die Ziele einer sozialen, sondern einer politischen Revolution: Rätssystem statt Herrschaft einer privilegierten, abgehobenen Clique, demokratische statt bürokratische Planwirtschaft

## Zweite Invasion

Am 4. November begann die zweite, von Moskau gesteuerte Invasion. Truppen aus dem asiatischen Teil der UdSSR ersetzten jene Truppen, die sich in Ungarn mit den Aufständischen verbündet hatten. Ihnen wurde erzählt, ein faschistischer Putsch

sei im Gange. Da sie die Landessprache und oft auch Russisch nicht beherrschten, blieben sie von allen Informationen abgeschnitten. Sie schlugen den Aufstand mit brutalsten Mitteln nieder. Nagy und seine AnhängerInnen hatten sich in die jugoslawische Botschaft geflüchtet und ließen die Aufständischen allein.

Diese organisierten entschiedene Gegenwehr und riefen einen hervorragend befolgten Generalstreik aus. Die ArbeiterInnenräte errichteten noch einen Nationalen GesamtarbeiterInnenrat. Letztendlich kapitulierten sie jedoch vor den 200.000 ausländischen Soldaten und 6.000 sowjetischen Panzern. Am 10. November waren die entscheidenden Kämpfe weitgehend beendet. Dennoch hielten sich in einigen Landesteilen Ungarns die ArbeiterInnenräte bis 1957.

Überall im Land wurden Räte geschaffen und erbittert verteidigt. Die ArbeiterInnenbezirke leisteten den größten Widerstand. Das „rote“ Csepel fiel zuletzt

## **Welle der Verfolgung**

Die Konterrevolution schlug erbarmungslos zu. Verhaftungen und Erschießungen waren an der Tagesordnung. Nicht weniger als 20.000, vor allem jugendliche, Revolutionäre wurden in Lager in die UdSSR deportiert. Imre Nagy und der militärische Führer des Aufstandes, Pal Maleter, wurden 1958 hingerichtet. Zehntausende flohen vor Verfolgung und Terror über die Grenze nach Österreich. Ein hervorstechendes Merkmal der ungarischen Revolution war die spontane Art und Weise, auf welche die ArbeiterInnen in Richtung sozialistische Demokratie gingen. Ohne Zweifel strebten sie gegen Ende der revolutionären Ereignisse nach der Schaffung einer neuen Partei. Die Aufgabe einer solchen Partei hätte es sein müssen, für die Bildung einer ArbeiterInnenregierung auf nationaler Ebene zu kämpfen, die von den Räten demokratisch gewählt wird. Sie hätte auch ein Programm für ArbeiterInnendemokratie und Sozialismus in ganz Osteuropa und Russland entwickeln müssen – verbunden mit dem Ziel, dass eine ungarische Räterepublik nicht isoliert bleibt und von außen zu Fall gebracht werden kann.

## **Nach dem Aufstand: „Gulaschkommunismus“ und Reformen**

Dennoch hatte die Bewegung Ungarn grundlegend verändert. Kadar musste wenige Jahre später aufgrund steigenden Drucks von unten Reformen umsetzen. Diese beinhalteten eine Amnestie 1963 – politische Gefangene mussten freigelassen werden. ArbeiterInnen und BäuerInnen wurden mehr Rechte zugestanden. Unter dem Druck der Bewegung des Prager Frühlings 1968 musste Kadar „Neue Ökonomische Mechanismen“ einführen. Er folgte damit dem Rat Chruschtschows, einer neuerlichen Bewegung durch eine Anhebung des Lebensstandards zuvorzukommen – „Stopft ihnen das Maul mit Gulasch!“ Der sogenannte „Gulasch-Kommunismus“, die liberalere Spielart des Stalinismus mit höherem Lebensstandard in Ungarn ab dieser Zeit, geht also nicht zuletzt auf die Angst der Bürokratie vor einem neuerlichen Aufstand zurück.

## Restauration des Kapitalismus

Aber bereits in den 80er Jahren wurde – in Ungarn wie auch in den anderen Ostblock-Staaten und der Sowjetunion – klar, dass die Bürokratie mit ihrem eisernen Griff über Gesellschaft und Produktion immer stärker zu einem Hindernis für weiteres Wachstum wurde. Wie auch in der Sowjetunion selbst experimentierten Teile der Bürokratie mit Pro-Markt-Reformen, um die Situation zu retten. Ungarn wurde zum Experimentierfeld eines solchen „Wandels von Oben“. Die Bürokratie entschied mehr oder weniger eigenständig die Planwirtschaft fallenzulassen. Mit durch die wachsende Krise in Osteuropa überall sinkendem Lebensstandard der ArbeiterInnen und den höheren Lebensstandards in Westeuropa vor der Nase, gewann die Idee der Marktwirtschaft an Unterstützung. Zum Zeitpunkt des Falls der Berliner Mauer schwenkte auch Kadars Nachfolger Imre Poszgay auf einen raschen Übergang zum Kapitalismus um. Die KP änderte ihren Namen und wurde zu einer sozialdemokratischen, offen pro-Kapitalistischen Partei die massiv die Anlehnung an das Auslandskapital suchte. Nur ein winziger Teil der Bürokratie – die heutige „Arbeiterpartei“ die bei Wahlen unter einem 1% erhält – blieb ihrer eigenen Vergangenheit treu. Ungarn ist seit dieser speziellen Form der Wende lange auf der politischen Ebene von zwei Hauptkräften geprägt: Einerseits einer nationalistischen Rechten, zu deren Wortführer sich die ehemals liberale Fidesz unter Orban entwickelte. Andererseits wurde mit „Links“ lange Zeit eine Sozialdemokratie assoziiert, welche ihre Wurzeln im Stalinismus hat, ihre Politik allerdings (ebenfalls) an neoliberalen „Reformen“ orientierte.

# Ungarn: Analyse von 20 Jahren Kapitalismus und dem Aufstieg der extremen Rechten und Perspektiven für die Zukunft

von Sophie Schindler und Rob Jones (CWI)

## Gefährliche Entwicklung in Ungarn

Anfang dieses Jahres hat Ungarn den Vorsitz der EU übernommen. Der ungarische Premier Orbán und seine Politik sind damit ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt. Die Führung der EU versucht, die immer stärkere Kritik an seiner Regierung bezüglich der Behandlung von Roma, bezüglich der Einschränkung der Pressefreiheit und bezüglich der Sondersteuern gegen ausländische Unternehmen zu ignorieren. Es gibt beunruhigende Berichte über das Wachstum von rechtsextremen und faschistischen Gruppen, über eine Zunahme von rassistischen und antisemitischen Angriffen und sogar Morden. Ist es gefährlich, heute in Ungarn zu sein? Wiederholt sich die Geschichte und spielt Orbán die Rolle eines neuen Horthy – des mit dem NS-System kollaborierenden Diktators in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts? Oder gibt es eine Alternative, die diese Entwicklung aufhalten kann und die die Rechte von ArbeiterInnen und Jugendlichen aller Nationalitäten, inklusive der Roma, die in Ungarn leben, garantieren kann?

## Hoffnungen und Versprechen sind nicht genug

Nach 1989 war Ungarn eines der ersten Länder, in denen der Kapitalismus wieder Fuß fassen konnte. Hand in Hand gingen damit enorme Hoffnungen der Massen, unterstützt von den Versprechungen der herrschenden Elite, dass der ungarische Lebensstandard rasch westeuropäisches Niveau erreichen würde. Das anfänglich hohe Investitionsvolumen half mit, die Illusion zu schüren, dass die Zukunft eine rosige sei. Aber für den/die „normalen“ Ungarn/in stellte sich rasch heraus, dass die Zukunft nicht rosig, sondern dunkelgrau ist.

Die Produktion bzw. das BIP schrumpften zwischen 1988 und 1993 um 20%. Die Reallöhne fielen 1990–1994 um 20% und um weitere 18% von 1995–1996. Tausende Unternehmen machten dicht, eine halbe Million Jobs verschwand einfach. Während Arbeitslosigkeit unter der staatlichen Planwirtschaft – trotz des Würgegriffs der stalinistischen Bürokratie – kaum existiert hatte, schoss diese nun auf Werte bis zu 12%. Heute liegt der Lebensstand in Ungarn noch rund 40% unter dem EU-Durchschnitt.

Seit 1989 haben alle unterschiedlichen Regierungen einen Privatisierungskurs vorangetrieben. Die Hälfte der ungarischen Unternehmen wurde in nur vier Jahren privatisiert. Aufgrund der hochqualifizierten Arbeitskräfte und der strategisch günstigen Position nahe an Westeuropa war Ungarn attraktiv für internationales

Kapital und konnte daher mehr ausländische Investitionen anziehen als andere osteuropäische Staaten. Westeuropäische Banken nutzten den Aufkauf ungarischer Unternehmen, um etwas von ihrem überschüssigen Kapital anzulegen. Der Ausverkauf an ausländische Unternehmen führte dazu, dass die Mehrheit des Außenhandels und damit auch die dazugehörigen Profite nun in deren Kontrolle liegen.

75% der größten Unternehmen in Ungarn, 90% der Banken und 95% der Versicherungen sind in ausländischer Hand. Wie schnell die Umwandlung der Wirtschaft vor sich ging, zeigt sich u.a. daran, dass um die Jahrtausendwende bereits 80% des BIP aus dem Privatsektor stammten.

Ein Beispiel für die katastrophalen Auswirkungen der kapitalistischen Restauration ist die Giftkatastrophe in Kolontár im Oktober 2010. Als der Damm der Aluminiumfabrik MAL brach, vergiftete Rotschlamm die ganze Gegend. Zehn Menschen starben und 300 sind ernsthaft erkrankt. Auch die stalinistischen BürokratInnen, die die MAL verwalteten, als diese noch in Staatsbesitz war, haben viele Gesundheits- und Umweltfragen ignoriert. Aber als das Unternehmen privatisiert wurde, konnte die InvestorInnengruppe, die die MAL übernommen hat – ehemalige BürokratInnen, die zuerst mit den StalinistInnen, später mit der sozialdemokratischen MSZP verhandelt waren – das Werk sogar noch ohne die ohnehin schwachen gesetzlichen Sicherheitsauflagen führen. Zum Zeitpunkt der Katastrophe hatten die zwei Besitzer ein geschätztes Vermögen von €145 Millionen. Die Gier nach Profit ist wohl der Grund für den Dammbruch und die Giftkatastrophe.

Trotz der Privatisierungserlöse stiegen sowohl die Staatsschulden als auch die private Verschuldung dramatisch an. Ende 1994 musste bereits ein Drittel des Budgets für die Bedienung der Zinsen der Staatsverschuldung aufgewendet werden. 2008 war sie auf 80% des BIP gewachsen. Mit der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage konnte der private Konsum teilweise nur durch das Wachstum von Privatkrediten an ArbeiterInnen und Menschen mit niedrigem Einkommen gehalten werden – was allerdings zu einer Privatverschuldung in untragbarer Höhe geführt hat.

Zwanzig Jahre nach der Restauration des Kapitalismus fällt die Bilanz eindeutig negativ aus. Die Armut wächst und ein Drittel der Bevölkerung lebt unter dem Existenzminimum – die Hälfte davon sind Kinder. Unter den Roma, die systematisch unterdrückt und ausgebeutet werden, ist die Situation noch viel schlimmer. Die Mehrheit der UngarInnen kann heute nur mehr mit mehr als einem Job überleben.

Als die Krise auch in der ungarischen Wirtschaft zu greifen begann, konnte der Stellenabbau in der Privatwirtschaft für eine kurze Periode durch den hohen Beschäftigungsgrad im Öffentlichen Dienst aufgefangen werden. Aber als dann auch die Kürzungen im Öffentlichen Sektor zunahmen, war auch das vorbei. Das Kapital aus Westeuropa, das gekommen war, um von den billigen aber hochqualifizierten Arbeitskräften zu profitieren, zog weiter nach Osten und nahm die Jobs gleich mit.

Die Tatsache, dass sich die soziale Lage laufend verschlechtert, hat die Sichtweise vieler Menschen beeinflusst, wie sie die Lage heute und in der Vergangenheit einschätzen. 1991 meinten 40% der Bevölkerung, dass “das alte System (der Stalinismus, Anm.) besser war als das Neue”. Im Jahr 1995 war dieser Wert auf 54% angestiegen. Unter ungelerten ArbeiterInnen und den Beschäftigten in der Landwirtschaft lag der Anteil jener, die das alte System bevorzugten, bei 65%. Und auch unter Unter-

nehmerInnen und Intellektuellen waren 29% für das “alte System”. Heute meinen 60% der UngarInnen dass der Systemwechsel eine Verschlechterung bedeutet hat.

## Die globale Wirtschaftskrise trifft Ungarn hart

Obwohl die Situation ohnehin schon schwierig war, hat die globale Wirtschaftskrise zu noch größeren Problemen in Ungarn geführt. Innerhalb eines Jahres stieg die Arbeitslosigkeit um 25%, die Firmenbankrotte um ein Drittel. 2009 schrumpfte die Wirtschaft um 6,3%.

Die Kombination eines doppelten Defizits bei Budget und Außenhandel mit der hohen Privatverschuldung (und davon auch noch der Großteil in Fremdwährungskrediten in Euro) hat dazu geführt, dass der ungarische Forint im Oktober 2008 auf den internationalen Finanzmärkten starke Verluste hinnehmen musste. Weil das nationale Finanzsystem nicht über ausreichend Ressourcen verfügte, um die Situation zu stabilisieren, organisierten EU, IWF und die Weltbank Kredite im Ausmaß von über 20 Milliarden Euro, um Ungarn zu “retten”.

Ungarn war der erste Mitgliedsstaat, der einen Kredit von der EU erhielt. Doch die Kreditgeber verlangten als Vorbedingung, dass das Defizit von damals über 10% auf den Wert der Maastricht-Kriterien von 3% gesenkt werden müsste. Das bedeutete weitere Angriffe auf den Lebensstand der ungarischen ArbeiterInnenklasse.

Die Forint-Abwertung war ein weiterer Schritt, um die Kosten der Krise auf die Schultern der ArbeiterInnenklasse abzuwälzen. 70% aller Privatkredite waren in Euro abgeschlossen, sodass sie mit der Forintabwertung um 40% stiegen. Heute haben bis zu 40% aller SchuldnerInnen einen Zahlungsrückstand von mehr als 30 Tagen, viele sogar von 90 Tagen und mehr. Über 700.000 UngarInnen haben massive Probleme dabei, ihre Schulden überhaupt zurück zu zahlen. Zehntausende Familien haben, weil sie die Kreditraten nicht zahlen können, ihre Wohnungen bzw. Häuser verloren.

Den internationalen Kreditgebern ist die soziale Katastrophe, die all das widerspiegelt, herzlich egal. Sie sind besorgt darüber, wie hoch die Schulden sind und darüber, ob sie ihr Kapital zurück bekommen oder nicht – und darüber, ob weitere Zusammenbrüche die europäische Wirtschaft und die Weltwirtschaft ernsthaft bedrohen können. Gerade vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise, die 2008 begann, bedeutet das große finanzielle Engagement westeuropäischer Banken in Osteuropa und das befürchtete hohe Niveau fauler Kredite eine ernsthafte Gefahr und kann weitere Zusammenbrüche im Bankensektor auslösen.

Die sozialen Folgen der Wirtschaftskrise und die Forderungen der internationalen Märkte, die von der sozialdemokratischen Regierung der MSZP (Sozialistische Partei Ungarn) umgesetzt wurden, sind weitreichend. Die Arbeitslosigkeit steigt. Von den rund 10% Arbeitslosen sind 30% Jugendliche. Nur 54,5% der Beschäftigten haben sichere Jobs – der niedrigste Wert in der ganzen EU. Das bedeutet, dass 3,8 Millionen UngarInnen, die arbeiten können – und wollen – keinen regulären Job haben.

Zu den Kürzungen, die umgesetzt wurden, gehören Lohnkürzungen im Öffentlichen Dienst, die Anhebung des Pensionsantrittsalters von 62 auf 65 Jahre, die Kürzung bzw. Streichung einer Reihe von Sozialleistungen und die Anhebung der

Mehrwertsteuer von 20% auf 25%. Die Kürzungen im Budget 2009-10 machten 5% des BIP aus. Diese Angriffe wurden unter der angeblich „linken“ MSZP durchgeführt und haben zu Enttäuschung und Verzweiflung geführt. Bei gleichzeitigem Fehlen einer echten Alternative für ArbeiterInnen hat das zum Erstarken von rechten und rechtsextremen Parteien geführt.

## Regierungen wechseln – die Politik bleibt die gleiche

Nach dem Zusammenbruch des stalinistischen Ein-Parteien-Systems in Ungarn im Jahre 1989 wurden 1990 die ersten Wahlen in der neuen kapitalistischen „Demokratie“ abgehalten. Seither war eine ständig wechselnde Abfolge von Koalitionsregierungen an der Macht (nur einmal wurde eine Regierung wiedergewählt). Aber trotz der unterschiedlichen Parteien hat sich die Politik in ihrem Kern kaum unterschieden. Die zwei Hauptakteure waren und sind die MSZP und Fidesz.

Die MSZP ist die Nachfolgerin der stalinistischen Staatspartei. Natürlich ist sie keine revolutionäre sozialistische Partei, sondern sie versucht, sich selbst als sozialdemokratische Partei westeuropäischer Prägung zu präsentieren. Aber sie hat keine der Traditionen der sozialdemokratischen Massenparteien der ArbeiterInnenklasse, die früher einmal die Massen der ArbeiterInnenklasse vertreten haben und in denen sich oft, trotz des pro-kapitalistischen Charakters ihrer Führung, die Wünsche und Hoffnungen der ArbeiterInnenklasse widerspiegelt haben.

Die MSZP ist ein Abklatsch dessen, wozu die sozialdemokratischen Parteien heute geworden sind. Sie ist wie New Labour in Britannien oder wie die verschiedenen sozialdemokratischen Parteien in Deutschland und Österreich, die sich de facto vollständig von der ArbeiterInnenklasse abgewandt haben, offen pro-kapitalistisch sind und neo-liberale Politik umsetzen. Sie war zweimal in einer Koalitionsregierung mit den liberalen Freien Demokraten (SZDSZ), von 1994-98 und 2002-10. Beide male hat die MSZP im Interesse des Kapitalismus agiert und sie ist verantwortlich für scharfe „Reformen“ gegen die ArbeiterInnenklasse.

Fidesz (Bund Junger Demokraten – jetzt Ungarischer Bürgerbund) wurde 1988 gegründet. Der Anführer Viktor Orbán, ein ehemaliges Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes, erlangte weite Bekanntheit bei der Massenkundgebung am 16. Juni 1989, die den Beginn vom Ende der stalinistischen Diktatur kennzeichnete. Als jüngster Redner war er jener mit der schärfsten anti-kommunistischen Rhetorik.

Seit damals hat sich Fidesz immer weiter nach rechts entwickelt. Fidesz kombiniert nationalistische, chauvinistische und rassistische Propaganda mit populistischer Rhetorik und autoritären Methoden. Von 1998-2002 regierte Fidesz mit der Unterstützung rechter Parteien wie z.B. der Kleinen Landwirtpartei, die sich auf Blut- und Boden-Ideologie stützt. Heute haben Orbán und Fidesz die Unterstützung der christlichen Kirchen, von großen Teilen der Medien sowie der reichsten Kapitalisten im Land. In manchen Teilen des Landes ist es schwer, ihr Programm von jenem der neofaschistischen Jobbik zu unterscheiden.

Der in Österreich lebende ungarische Autor Paul Lendvai schreibt, dass nur jene, die genau hinschauen, wissen, dass die engsten Freunde von Orbán, also die reichsten ungarischen Forint-Milliardäre, die Spitzenbanker, Topmanager und Ölbarone „nahezu alles kontrollieren“. Einer dieser reichen Männer in Ungarn ist Sándor

Csányi, Vorsitzender und Miteigentümer von Ungarns größter Bank, der OTP. Sein Vermögen wird auf 600 Millionen Euro geschätzt. Er betreibt seinen eigenen kleinen Geheimdienst, von dem vermutet wird, dass er Fidesz mit Informationen versorgt.

Die Grundlage für den Aufstieg von Fidesz und der Rechten ist die Tatsache, dass die MSZP-Regierungen für die härtesten Angriffe auf den Lebensstand der ArbeiterInnenklasse verantwortlich sind. Z.B. wurde 1995-98 im Zuge des „Bokros Pakets“ das Defizit von 10% auf 4,2% des BIP durch die Reduzierung der Staatsschulden von 21 auf 8,7 Milliarden Euro abgesenkt. Die internationalen Märkte waren mit dieser scharfen Kürzungspolitik glücklich; die Menschen in Ungarn waren es allerdings nicht. Ähnlich war die Lage 2008, als die MSZP-Regierung sich als verlässlicher Partner des internationalen Kapitals erwies und drastische Kürzungen umsetzte. In beiden Fällen konnte Fidesz bei den Wahlen vom Unmut der ArbeiterInnen über die Kürzungen bei Löhnen und Sozialleistungen profitieren, als die WählerInnen sich entschlossen, gegen die MSZP-Regierung zu stimmen.

Obwohl beide Parteien klar kapitalistisch sind, gibt es doch Unterschiede in ihrer Politik. Viele der ehemaligen staatlichen Apparatschiks wurden gegen Ende der stalinistischen Ära „Reformer“ und transformierten sich selbst in „neue“ ungarische Kapitalisten, während sie gleichzeitig ihre Verbindung zur MSZP beibehielten. Die MSZP ihrerseits ist der wichtigste Partner für internationales Kapital im Land, während Fidesz stärkere Verbindung zu jenem Teil des Kapitals hat, der gegen die Dominanz der Multis steht. Das spiegelt sich manchmal in der vermeintlich scharfen Rhetorik von Orbán gegen das „internationale Kapital“, den IWF und andere wieder.

Ihre Politik unterscheidet sich nicht wesentlich und beide Parteien versuchen, in Wahlzeiten die Stimmen der ArbeiterInnen zu bekommen, indem sie Reformen beschließen, die – vorübergehend – den Lebensstandard der ArbeiterInnenklasse verbessern. Sie haben die Löhne im öffentlichen Dienst erhöht, wie auch den Mindestlohn oder Pensionen – nur um dann in einer scharfen Kehrtwende zu einem späteren Zeitpunkt neue Angriffen zu fahren. Dazu gehör(t)en u.a. Privatisierungen, Kürzungen bei Sozialleistungen und im Öffentlichen Dienst, neue Steuern oder die Erhöhung der Mehrwertsteuer, Einführung von Studiengebühren bzw. die Erhöhung von Selbstbehalten im Sozial- und Gesundheitswesen und Preiserhöhungen bei Gas, Strom und den Öffentlichen Verkehrsmitteln. Alle Parteien in Ungarn ordnen die Interessen und Bedürfnisse der ArbeiterInnenklasse den Profiten der Unternehmen – großer internationaler wie auch nationaler – unter.

Der Grund dafür ist das Fehlen einer echten ArbeiterInnenpartei in Ungarn. Die Führungen der bestehenden Parteien haben ihre Wurzeln im stalinistischen Staatsapparat. Sie haben, ebenso wie viele der reichsten BankerInnen und KapitalistInnen, die Grundlage für ihren Reichtum schon zu Zeiten des Stalinismus gelegt. Sie haben die marktwirtschaftlichen Reformen zu ihren Gunsten genutzt und sich massiv bereichert. Und als der stalinistische Staat dann zusammenbrach, wurden sie – oft mit Unterstützung der alten stalinistischen Kaste – die neue kapitalistische Klasse. Sie nützten nach '89 ihre „Netzwerke“ um von den Privatisierungen ganz privat zu profitieren.

Diese Aasgeier gibt es in allen Parteien – in der MSZP genauso wie bei Fidesz. Ferenc Gyurcsány von der sozialdemokratischen MSZP war von 2004-2009 ungarischer Premierminister. Er ist bekannt als „Ungarischer Blair“. Seine Wurzeln sind in der

kommunistischen Jugendorganisation. Er machte seine erste Million im Zuge des Privatisierungsprozesses. Nachdem er in eine der wichtigsten Familien Ungarns, die Aprós, eingehiratet hatte, stieg er noch weiter auf, wurde Milliardär und einer der reichsten Männer Ungarns. Als er an die Macht kam, lebten 20% oder mehr der UngarInnen in Armut – er selbst besaß damals bereits ein Vermögen von 14 Millionen Euro. Er war also alles andere als ein Vertreter der ArbeiterInnen!

Derselbe Ferenc Gyurcsány hielt im Jahr 2006 als Premier im Zuge einer Konferenz der MSZP seine berühmte „Lügenrede“, in der er sagte, dass er und die Partei die WählerInnen in den letzten Jahren belogen haben, um ihre Stimmen zu bekommen. Die Folge waren Massenproteste. Die Enttäuschung von 20 Jahren falscher Versprechen explodierte. Es kam zu wochenlangen Protesten, Demonstrationen und sogar Besetzungen. Es waren ganz normale Menschen und viele Jugendliche, die ihrem Ärger Luft machten. Auch Studierende waren Teil und protestierten gegen den „Bologna Prozess“, der gegen ihren Willen eingeführt worden war. Aber es gab keine linke Organisation in dieser Bewegung, die eine führende Rolle hätte spielen können – und so entstand im Zuge der Demonstrationen und der Erstürmung der Budapester Fernsehzentrale ein Vakuum, das, zumindest zum Teil, von der ungarischen Rechten und von FaschistInnen gefüllt werden konnte.

## **Rechtsextreme und FaschistInnen – eine gefährliche Mischung**

Schon als die StalinistInnen begannen, marktwirtschaftliche Reformen einzuführen, ging mit diesem Prozess der Aufstieg von rechtsextremen Ideologien einher. Die erste Regierung nach der Wende wurde von der MDF, der Demokratischen Front, gebildet. Der alte stalinistische Apparat hatte den Aufbau der MDF in der Hoffnung unterstützt, so Einfluss zu behalten. Führende UnterstützerInnen dieser Partei fielen immer wieder durch antisemitische Aussprüche und ihre Blut- und -Boden Ideologie auf. Sie organisierten die „Heimholung“ und das Begräbnis des Diktators Miklós Horthy im Jahr 1993. An den Feierlichkeiten nahmen neben 50.000 TeilnehmerInnen auch sieben VertreterInnen der Regierung teil.

Alle rechten Parteien – inklusive Fidesz – haben ihre ideologischen Wurzeln beim Horthy-Regime und der Idee eines Großungarns. Nach dem 1. Weltkrieg verlor Ungarn im Zuge des Vertrages von Trianon große Gebietsteile. Die „Heimholung“ der rund 2,6 Millionen „UngarInnen“, die in Rumänien, der Slowakei, Serbien und der Ukraine leben, ist zentraler Bestandteil all dieser Organisationen (auch im österreichischen Burgenland hat Jobbik bereits Kundgebungen durchgeführt). Fidesz spielt ganz bewusst mit dem Symbol der Stephanskrone und hat in den Jahren 2001 und 2010 Gesetze erlassen, die den ungarischen Minderheiten in diesen Ländern spezielle Rechte zusprechen – inklusive dem Recht auf die ungarische Staatsbürgerschaft.

Die neofaschistische Jobbik führt dieses Konzept nur zu einem logischen Schluss, wenn sie argumentiert, dass sie „plant, die von Ungarn bewohnten Gebiete außerhalb der Grenze zu einem Teil einer vereinigten und geschützten ungarischen Wirtschaftszone zu machen“.

Die Mitgliedschaft in internationalen Organisationen wird als Deckmantel für reaktionäre Veränderungen benützt. Der Europarat hat den Entwurf der Fidesz für eine neue ungarische Verfassung zugestimmt, weil er oberflächlich zustimmt, die

europäische Menschenrechtscharta zu achten. Tatsächlich beinhaltet der Text aber ernsthafte Gefahren für die Rechte der ArbeiterInnenklasse – nicht zuletzt dadurch, dass die „christlichen Wurzeln Ungarns“ hineingeschrieben werden sollen. Das ist ein Angriff auf die Rechte der jüdischen Bevölkerung und der Roma und zielt auch auf das Verbot der Abtreibung ab.

Der wahre Charakter der Fidesz zeigt sich in ihren Angriffen auf die Pressefreiheit und in ihrem „System der Nationalen Zusammenarbeit“, auch bekannt als „Orbán Bulle“. Sie ruft zur „nationalen Einheit“ von Menschen ungarischen „Blutes“ auf, was UngarInnen mit jüdischem oder Roma Hintergrund ausschließt. Die Fidesz Regierung wird mit Sicherheit noch weiter in eine autoritäre Richtung gehen, wenn die ArbeiterInnenklasse nicht aktiv wird, um sie zu stoppen.

Ein weiterer Teil der Fidesz-Ideologie ist ein in der ungarischen Gesellschaft tief verwurzelter Antisemitismus. Bereits 1920 war Ungarn das erste europäische Land, das eigene Gesetze gegen Juden/ Jüdinnen erließ. Sie wurden erlassen, nachdem General Horthy über die blutige Niederschlagung der ungarischen Räterepublik von Béla Kun an die Macht gekommen war. Und in der relativ kurzen Periode der direkten Kontrolle durch das deutsche NS-Reich in den Jahren 1944–45 wurde mehr als eine halbe Million ungarische Jüdinnen und Juden ermordet. Auch die StalinistInnen setzten in der Periode danach auf antisemitische Vorurteile. Auch nach 2008 wurden wieder verstärkt die antisemitischen Stereotypen vom jüdischen Finanzkapital, das „die Zukunft der hart arbeitenden Ungarn ruiniert“ benützt. Heute gibt es laufend Berichte über Angriffe auf Jüdinnen und Juden, insbesondere in Budapest.

In den letzten Jahren ist eine Zunahme von rassistischer und antisemitischer Propaganda sowie von gewalttätigen Angriffen zu verzeichnen. Rechtsextreme und faschistische Organisationen werden immer stärker. Der Erfolg der neofaschistischen Jobbik, die bei den Parlamentswahlen 2010 auf 17% der Stimmen kam, brachte diese in die Schlagzeilen der internationalen Presse. Zur Jobbik gehört auch die „Ungarische Garde“, eine faschistische SA-ähnliche Formation. Sie organisiert einige tausend UngarInnen, die in martialischen Aufmärschen insbesondere durch jene Ortschaften ziehen, in der eine große Romabevölkerung lebt – sie setzen auf Einschüchterung und drohen damit, „aufzuräumen“ und „zu säubern“. Die Ungarische Garde wurde 2007 gegründet und ihre Mitglieder tragen Uniformen und Symbole mit Anlehnung an die faschistischen Pfeilkreuzler, die Träger des Terrorregimes von 1944–45.

Bei der ersten Angelobungszeremonie der Ungarischen Garde, über die die Medien groß berichteten, wurden die Fahnen von Priestern der verschiedenen christlichen Kirchen gesegnet. Die Garde wurde 2009 verboten und bereits 2010 als „Neue Ungarische Garde“ wieder gegründet. Roma werden in der Propaganda der Jobbik als Schädlinge bezeichnet, von denen Ungarn „gesäubert“ werden müsse. Sie fordern spezielle Lager mit doppelter Umzäunung – ähnliches existierte nur zwischen 1944–45. Sie fordern auch, dass Romafamilien ihre Kinder weggenommen werden sollen und rufen nach Arbeitszwang. Die Abgeordnete der Jobbik zum Europäischen Parlament, Krisztina Morvai, hat den „liberal-bolschewistischen Zionisten“ „geraten“, darüber nachzudenken, „wohin sie flüchten und sich verstecken können“. Wie auch andere rechtsextreme und faschistische Organisationen setzt Jobbik auf antisemitische Stereotypen indem sie das „Finanzkapital“ (gemeint ist „jüdisches Finanzkapital“) für die Krise und die miese Situation in Ungarn verantwortlich machen.

Neben den Angriffen auf Jüdinnen und Juden hetzen rechtsextreme und faschistische Gruppen gegen die Roma-Minderheit in Ungarn. Ein großer Teil der 6–700.000 Roma lebt in Slums und hat kaum Chancen, Arbeit zu finden oder Zugang zu einer besseren Ausbildung. Der Zusammenbruch der Industrie hat gerade die Roma besonders betroffen und sie weiter auf den Boden der Gesellschaft gedrückt. Vier von fünf Roma haben keinen Job. Jobbik und andere rechtsextreme und faschistische Gruppen kombinieren ungarischen Nationalismus mit brutaler anti-“Zigeuner“ Rhetorik. Sie versuchen, die verarmte Roma-Minderheit für die steigende Kriminalität verantwortlich zu machen, indem sie Horrorgeschichten über ihre hohen Geburtenraten und die Gefahr einer „demographischen Katastrophe“ zeichnen. Aber sie beschränken sich nicht auf Propaganda, sondern setzen auf Drohungen und Einschüchterung. Die Zunahme von brutalen Angriffen gegen Roma steht in direktem Zusammenhang mit den Aktivitäten und der Politik von Jobbik und der Ungarischen Garde.

Neben Jobbik gibt es auch noch eine Reihe anderer faschistischer Organisationen die sich selbst in der Tradition der Pfeilkreuzler präsentieren – jener faschistischen Organisation, die eng mit Hitlers Drittem Reich verbunden war und die verantwortlich für das Terrorregime unter dem Nazi-Kollaborateur Szalsi war.

Alle Teile der Rechten in Ungarn setzen auf die Propaganda von „Wir Ungarn“ gegen „Die Anderen“ – Jüdinnen und Juden, Roma, Homosexuelle. Während Jobbik eine klar neofaschistische Organisation ist, ist Fidesz viel schwieriger zu charakterisieren. Orbán ist zwar der Vizevorsitzende der „Europäischen Volkspartei“, doch Fidesz ist keine klassische, westeuropäische „konservative“ Partei. Fidesz und Orbán distanzieren sich höchst selten von rassistischer, antisemitischer und faschistischer Propaganda bzw. Aktionen. Im Gegenteil, Orbán setzt immer wieder auf Formulierungen, die nicht nur zur Jobbik, sondern sogar zu den Pfeilkreuzlern passen würden. Die Orbán nahestehenden Medien setzen ebenfalls auf aggressive rassistische und antisemitische Rhetorik. Ein Sohn des Chefredakteurs von Orbáns Lieblingszeitung „Magyar Demokrata“ ist in der Ungarischen Garde.

Es ist offensichtlich, dass es Verbindungen zwischen Fidesz und Jobbik gibt. Einerseits sind viele der Vorschläge von Fidesz so rechts, dass Jobbik keinerlei Probleme damit hat, sie zu unterstützen. Andererseits setzt Fidesz Jobbik als Stoßtruppe ein, während sie gleichzeitig beunruhigt ist, dass die Entwicklung zu weit gehen könnte. Als im Jahr 2006 die Massen die Budapester Fernsehzentrale stürmten, organisierte Fidesz zu Beginn Busse, um ihre UnterstützerInnen nach Budapest zu den Protesten zu bringen. Aber als der Einfluss der organisierten FaschistInnen immer offensichtlicher wurde, und die Gefahr bestand, dass die ganze Bewegung außer Kontrolle geraten könnte, zog sich Fidesz zurück und konzentrierte sich auf die kommenden Wahlen. Es ist offensichtlich, dass die Situation gefährlich ist. Es ist nicht ausgeschlossen, dass Fidesz, wenn sie aufgrund der Angriffe auf den Lebensstand der ArbeiterInnenklasse an Unterstützung verliert, versucht, mit einem weiteren Rechtsruck zu verhindern, dass Jobbik ihr einen Teil der WählerInnen abspenstig macht. Bereits jetzt versucht Jobbik, von der wachsenden Enttäuschung zu profitieren und kritisiert Fidesz dafür, nicht hart genug aufzutreten.

2010 ist sehr deutlich geworden, wie Fidesz arbeitet. Es kam zu einer Einschüchterungs- und Hetzkampagne gegen den liberalen Autor Paul Lendvai und sein neues Buch, in dem er sich kritisch gegenüber Jobbik und Fidesz äußert. Es kam zu Aktionen

gegen einige Veranstaltungen mit dem Autor in der Schweiz und in Deutschland und mit dem Mittel der Einschüchterung wurde versucht, die Abhaltung der Veranstaltungen zu verhindern. Das zeigt, dass Fidesz die Methoden der extremen Rechten einsetzt. Allerdings scheint es auch, als ob offizieller „diplomatischer“ Druck von ungarischer Seite genutzt wurde, um zu erreichen, dass eine Veranstaltung, die in der österreichischen Botschaft in Deutschland geplant war, abgesagt wurde.

Der Einfluss von RassistInnen und der extremen Rechten im Staatsapparat ist weit fortgeschritten. Während antifaschistische Mobilisierungen mit Einschüchterungsversuchen von Seiten der Polizei konfrontiert sind (die Polizei behauptet einfach, sie könne die Sicherheit von AntifaschistInnen nicht gewährleisten) marschieren Rechtsextreme und FaschistInnen offen. Das spiegelt auch den starken Einfluss der extremen Rechten und von faschistischen Kräften in der Polizei wieder. Ca. 5.500 PolizistInnen (etwa 10% der gesamten Polizeikräfte) sind in einer speziellen Polizeistruktur der Jobbik. Die wachsende staatliche Repression wurde auch deutlich, als eine Demonstration von EinwohnerInnen von Kolontár verboten wurde, die staatliche Unterstützung verlangten, weil sie durch die Rotschlammkatastrophe alles verloren hatten.

Auch die Art und Weise, wie Gesetze gegen Roma eingesetzt werden, ist ein weiteres Beispiel für den rassistischen Charakter des Orbán-Regimes. Paragraph 174/B des bürgerlichen Gesetzbuches soll gegen jene eingesetzt werden, die „Gewalt gegen die Gemeinschaft“ ausüben. Ursprüngliches Ziel des Gesetzes war es, gegen rassistische Angriffe benützt zu werden. Nun zeigt sich allerdings in der konkreten Anwendung, dass es keine universellen Rechte in einer kapitalistischen Gesellschaft gibt. Gesetze können – je nach dem Kräfteverhältnis in der Gesellschaft – sehr unterschiedlich interpretiert und zum Nutzen unterschiedlicher Gruppen eingesetzt werden. Roma in Miskolc hatten sich, als es nur zwei Wochen nach den rassistischen Morden in Tatárszentgyörgy auch noch zur Androhung weiterer faschistischer Attacken kam, in Selbstverteidigungsgruppen organisiert. In ihrer Angst attackierten sie unglücklicherweise die völlig unschuldigen Insassen eines Autos. Zwei wurden dabei leicht verletzt. Während nun die faschistischen Schläger und Mörder weiterhin frei herumlaufen, wurden elf Roma verhaftet und zu einer Gesamtstrafe von 41 Jahren verurteilt – mit dem Argument der „rassistisch motivierten Gewalt“.

Der autoritäre Charakter von Fidesz zeigt sich immer häufiger. Als Orbán 1998 zum ersten Mal an die Macht kam, machte er rasch klar, dass er die Beschränkungen der bürgerlichen Demokratie als lästig empfand. Unter seiner Herrschaft wurde die Bedeutung des Parlaments eingeschränkt und im Jahr 2010 veränderte er das Wahlgesetz derartig, dass es nun für kleinere Parteien weit schwieriger geworden ist, zu kandidieren. Um z.B. für den Budapester Gemeinderat zu kandidieren, muss eine Partei nun innerhalb von nur 15 Tagen 26.000 gültige Unterschriften sammeln.

Fidesz ist eine Ein-Mann-Show unter der Führung von Orbán. Das letzte Jahrzehnt hat er damit zugebracht, ein Medienimperium aufzubauen. Heute kontrollieren seine FreundInnen und UnterstützerInnen große Teile der Printmedien, des Fernsehens und Radios. Das hat dazu geführt, dass KommentatorInnen nicht nur Vergleiche zwischen Orbán und Horthy aufgrund von ideologischen Überschneidungen und

des autoritären Stils ziehen, sondern auch mit Berlusconi wegen der Kontrolle über die Presse.

Die jüngste Attacke auf die Pressefreiheit in Form des neuen Mediengesetzes markiert eine neue Qualität in Orbáns weitreichender Kontrolle über die Medien. Eine neue Medienkontrollbehörde (NHHM), die ausschließlich mit Fidesz-Leuten besetzt ist, hat de facto Zensuraufgabe. Strafen von bis zu 700.000 Euro sollen oppositionelle Stimmen zum Schweigen bringen. Quer durch alle Medien findet ein brutaler Säuberungsprozess statt. Auf allen Ebenen – vom Management bis zum Putzpersonal – werden Beschäftigte durch Fidesz-AnhängerInnen ersetzt. In Zusammenhang damit steht auch ein weiteres neues Gesetz, das die Kündigung von Öffentlich Bediensteten auch ohne Grund erleichtert.

Das ungarische Regime hat heute starke autoritäre Elemente. Der Prozess ist allerdings noch nicht so weit fortgeschritten wie in den noch weiter östlich liegenden Staaten des ehemaligen Ostblocks. Es wäre falsch, Ungarn zum momentanen Zeitpunkt eine Diktatur zu nennen. Sogar die zentralasiatischen Republiken müssen als Feigenblatt für ihren autoritären Charakter den Schein von Wahlen und Parlamenten aufrecht erhalten. Aber Ungarn muss als EU-Mitgliedsstaat an zentralen Elementen einer parlamentarischen Demokratie festhalten. Es ist eine offene Frage, wie weit sich die autoritären Züge weiter entwickeln können. Es ist absolut möglich, dass die rechten Kräfte in der Gesellschaft angesichts von harten Schlägen einer neuen wirtschaftlichen oder sozialen Krise versuchen, ihre Herrschaft zu stärken – insbesondere bei dem Versuch, Proteste zu unterbinden. Allerdings können die zunehmend repressiven Maßnahmen auch Reaktionen provozieren. Bei Demonstrationen wird dann nicht nur Gerechtigkeit in wirtschaftlichen und sozialen Fragen gefordert, sondern auch die Verteidigung demokratischer Rechte wird dann ein zentrales Thema.

## **Die ungarische ArbeiterInnenklasse hat noch nicht gesprochen**

Im April 2010 gelangte Fidesz mit einem Erdrutschsieg an die Macht. Sie erhielt 2/3 aller Sitze im Parlament. Dieser Wahlerfolg ist das Ergebnis der Enttäuschung mit den MSZP-Regierungen in weiten Teilen der Bevölkerung und das Ergebnis des Fehlens einer linken Alternative. Wir sehen aber, wie auch in anderen Ländern, dass WählerInnenstimmen für rechtsextreme oder auch faschistische Organisationen nicht unbedingt einen Rechtsruck in der Gesellschaft bedeuten, sondern oft mehr das Ergebnis von Frust und dem Wunsch nach grundlegenden Veränderungen reflektieren.

Für die überwältigende Mehrheit der Fidesz-Sitze im Parlament benötigte diese nur knapp über 50% der Stimmen. Bei einer Wahlbeteiligung von nur 64% bedeutet das, dass nur knapp ein Drittel der wahlberechtigten Bevölkerung tatsächlich für Fidesz gestimmt hat. Das spiegelt die wütende, aber v.a. auch verwirrte Stimmung in der Gesellschaft wieder.

Anfang der 1990er Jahre gab es in großen Teilen der Bevölkerung Illusionen in „Marktwirtschaft“ und Kapitalismus – diese Illusionen sind heute verschwunden. Drei von vier ungarischen Jugendlichen meinen z.B., dass es einen neuen „Systemwechsel“ geben könnte. Sie sind für die Wieder-Verstaatlichung der wichtigsten

Unternehmen und fordern, dass jene für die Krise zahlen sollen, die für sie verantwortlich sind.

Doch zur Zeit haben diese Ideen heute keine Organisation, durch die sie sich ausdrücken können. Trotz seiner nationalistischen pseudo anti-kapitalistischen Rhetorik zeigt die Politik von Orbán, dass er zu 100% ein kapitalistischer Politiker ist. Obwohl er seine Ziele hinter populistischen Maßnahmen versteckt, unterscheidet sich sein Wirtschaftsprogramm nicht wesentlich von jenen früherer Regierungen. Zur Zeit versucht er wohl, v.a. die Wirtschaftskrise zu ignorieren und zeichnet ein rosiges Bild der Zukunft. Z.B. gehen die Wirtschaftsprognosen von Fidesz von einem weit höheren Wachstum aus, als die Einschätzungen der EU und internationaler Institutionen. Schon in der Vergangenheit konnte mensch solchen Vorhersagen nicht vertrauen. Und nun ist offensichtlich, dass Orbán ganz bewusst das Potential für Wachstum zu hoch angibt. Und wer es wagt, seine Zahlen in Frage zu stellen, wird von seinem/ihrem Posten entfernt und Kontrollbehörden werden einfach geschlossen.

Anfang 2011, als Ungarn den EU-Vorsitz übernahm, gab es aus einer Reihe von EU-Mitgliedsstaaten Proteste und Kritik wegen des neuen Mediengesetzes in Ungarn. Es ist ganz klar, dass dieses Gesetz die Pressefreiheit ernsthaft beschneidet. Tatsächlich steckt aber hinter der Sorge von Teilen der EU um demokratische Rechte (die sich in anderen Ländern herzlich wenig darum kümmert) etwas ganz anderes: nämlich die tiefe Sorge um die wirtschaftliche Zukunft von Ungarn, seine Stabilität und damit die Sicherheit der Investitionen aus dem Westen. Ganz besonders gilt ihre Sorge der speziellen „Krisensteuer“, die für Handelsunternehmen, Telekommunikationsunternehmen, Energiekonzerne und Banken gilt, und speziell ausländische Firmen betrifft. Orbán nennt die Krisensteuer „Neues System“, weil, so argumentiert er, es nach 2011 keine Krise gibt. Es ist eine v.a. populistische Maßnahme, die allerdings zusätzliche Steuereinnahmen von rund 1% des BIP des Budgets bringt. Zentrales Ziel ist es, der ungarischen Bevölkerung zu demonstrieren, dass er gegen das „internationale Kapital“ aufsteht. Tatsächlich ist die Steuer aber relativ gering und es geht v.a. Darum, von den enormen Kürzungsplänen abzulenken, die nun umgesetzt werden sollen.

Begleitet wird das Säbelrasseln gegen EU und IWF von weitreichenden neoliberalen Angriffen auf den öffentlichen Sektor und die ArbeiterInnen. Konkret geht es u.a. um „strukturelle Reformen“ (also Kürzungen) bei den Pensionen, Gesundheit, Regionalverwaltungen und dem Öffentlichen Verkehr. Die Regierung argumentiert, dass „Tabus gebrochen werden müssen“ (d.h., dass es sehr tief greifende Kürzungen geben soll). Die IWF-Delegation hat das Budget „mutig aber riskant“ genannt. Das alles findet vor einem historisch niedrigen Beschäftigungsgrad statt. Die Einkommensschere öffnet sich weiter und von der neuen Flat-Tax profitieren nur die Wohlhabenden. 700.000 Menschen können ihre Schulden nicht mehr bezahlen und mit Ende 2010 kam es zu weiteren Einschnitten bei den Realeinkommen.

Veränderungen in der Verfassung machen es jetzt auch möglich, Steuern im Nachhinein einzuführen. Und während es lautstarke internationale Proteste gegen die „Krisensteuer“ gibt, wird nicht erwähnt, dass künftig auch alle öffentlichen Ausgaben im Nachhinein besteuert werden können – das gilt auch für Pensionen, die Löhne im Öffentlichen Sektor und Sozialleistungen. Für die ArbeiterInnenklasse

entsteht dadurch eine enorme Unsicherheit. Die Regierung setzt darauf, große Teile der ArbeiterInnen, insbesondere im Öffentlichen Sektor, einzuschüchtern. Ganz nach dem Motto: „Wer protestiert kriegt die Sondersteuer drauf“. Aber es ist gut möglich, dass diese Angriffe zu einem bestimmten Zeitpunkt zu Unruhen und sozialen Explosionen führen können.

Manche westlichen KommentatorInnen bezeichnen einige der Maßnahmen von Orbán wie die Wieder-Verstaatlichung der Pensionen als „links“. Doch an diesen Maßnahmen ist nichts links oder sozialistisch. Vielmehr geht es der Regierung darum, Zugriff auf die geschätzten 12 Milliarden Euro zu bekommen, die in den privaten Pensionsfonds liegen. Dieses Geld im Ausmaß von rund 10% der gesamten ungarischen Wirtschaftsleistung wird ins Budget fließen und wohl auch verwendet werden. 1997 wurden die ArbeiterInnen, denen dieses Geld gehört, gezwungen, ihr Geld in private Pensionsfonds zu stecken. Ob bzw. wie sie dieses Geld überhaupt als Pensionen bekommen darf hinterfragt werden. Auch das kann ein Brennpunkt für künftige Proteste werden.

Jene Maßnahmen von Orbán, die von westlichen KommentatorInnen zurückgewiesen werden, sind nichtsdestotrotz kein wirklicher Bruch mit pro-kapitalistischer Politik: die Besteuerung von großen und internationalen Unternehmen wie auch die Wiederverstaatlichung sind Maßnahmen, die gerade in Krisenzeiten typisch sind für autoritäre kapitalistische Regimes. Und obwohl das CWI keinerlei Sympathie für Orbán hat, so zeigen diese Schritte doch in gewissem Sinne auch, was eine linke, sozialistische Regierung im Interesse der ArbeiterInnenklasse tun könnte.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist es offen, wie sich Ungarn weiter entwickeln wird. Ausgeschlossen ist, dass Orbán die sozialen Probleme lösen kann. Es ist auch höchst unwahrscheinlich, dass er sein Versprechen, 400.000 neue Jobs zu schaffen, einhalten wird. Die neue Flat-Tax nützt nur den reichsten 20%. Und auch trotz all seiner Rhetorik gegen IWF und EU wird Orbán doch weiterhin die Kredite zurückzahlen und will die ArbeiterInnenklasse dafür zahlen lassen.

Auch wenn die ArbeiterInnenklasse ein schlafender Riese ist, der die Bühne noch nicht betreten hat, gibt es doch Anzeichen dafür, dass die ungarischen ArbeiterInnen schon recht bald ihren KollegInnen in anderen Ländern folgen werden, die gegen die Kürzungspläne ihrer Regierungen kämpfen. Doch die Situation in den Gewerkschaften ist alles andere als gut: sie sind überaltert und es gibt kaum Jugendliche. Der Organisationsgrad ist in den letzten Jahren auf knapp über 10% gesunken. Und die meisten Gewerkschaften stehen in einem Naheverhältnis zur MSZP und haben in der letzten Periode keine Proteste organisiert. Und doch zeigen die Streiks bei den Budapester Verkehrsbetrieben zu Beginn des Jahres 2010 sowie die Streiks und Proteste im Öffentlichen Sektor, bei der Fluglinie Malev sowie auf regionaler Ebene und die Warnstreiks in einer Reihe von Sektoren, was ArbeiterInnen erreichen können, wenn sie entschlossene Aktionen setzen. Die Verkürzung der Schulpflicht hat zu heftiger Gegenwehr der LehrerInnengewerkschaft geführt. Auch die Proteste der ArbeiterInnen der Hankook Fabrik in Dunaújváros zeigen auch, was passiert, wenn ArbeiterInnen die Geduld verlieren.

Nicht vergessen werden dürfen auch die kämpferischen bzw. die sozialistischen und kommunistischen Traditionen der ungarischen ArbeiterInnenklasse. Dazu gehört die ungarische Räterepublik im Jahr 1919 und der Kampf gegen den Faschismus

in der Periode vor der stalinistischen Machtergreifung. Dazu gehört aber auch der heroische Ungarnaufstand im Jahr 1956 gegen Stalinismus und für echten Sozialismus. Auch heute noch sind diese Traditionen im Bewusstsein von Jugendlichen zumindest teilweise verankert. Bei den Protesten 2006 wurde, bevor die extreme Rechte dominant wurde, immer wieder positiv auf die anti-stalinistische ArbeiterInnenrevolution von 1956 Bezug genommen.

Die wichtigsten Gewerkschaften und der Europäische Gewerkschaftsbund organisieren am 9. April anlässlich des Treffens der EU-Finanzminister in Budapest eine Demonstration gegen die Kürzungspolitik. Wenn das richtig organisiert wird, kann es dabei helfen, das Ruder herumzureißen und den Widerstand gegen die reaktionäre Politik von Fidesz und seiner neofaschistischen Bündnispartner zu beginnen. Auf dieser Demonstration darf es keinen Raum für Rassismus geben. Um die Kürzungspolitik zurückschlagen zu können, braucht es den gemeinsamen Kampf all jener, die darunter leiden. Im Kampf für Jobs, ordentliche Löhne und für Pensionen für alle braucht es die Einheit von ungarischen ArbeiterInnen und solchen mit einem Roma-Background, von Jugendlichen und Arbeitslosen.

Die Forderung der Gewerkschaften für ein „soziales Europa, faire Löhne und gute Jobs“ ist in Wirklichkeit ziemlich abstrakt. Um diese Forderung mit Leben zu erfüllen muss mensch viel konkreter werden. Das CWI fordert die Rücknahme der Flat Tax. Die Steuerlast soll auf die Schultern der Reichen und Großunternehmen verlagert werden. Ungarn soll die Rückzahlung der Kredite an die internationalen Finanzinstitute und Banken verweigern und das gesparte Geld verwenden, um Jobs zu schaffen, um den Sozialstaat aus- und nicht abzubauen und um ordentliche Wohnungen für alle zu gewährleisten.

Bei den letzten Wahlen hat sich das Potential für eine fortschrittliche linke Kraft gezeigt. Die Grünen mit ihrer „Politik kann anders sein“ Partei erhielten 7,5% der Stimmen. Die LMP, wie auch die MSZP und die Liberalen greifen Themen wie Rassismus, den Abbau demokratischer Rechte und das Wachstum der extremen Rechten auf. Und angesichts des Vakuums auf der Linken können sie rund um diese Themen auch Unterstützung bekommen. Aber sie haben keine Antworten, keine Lösungen, weil sie nicht an die Wurzel der Probleme gehen. Anstatt ein Programm vorzuschlagen, das wirklich gegen Arbeitslosigkeit, Hungerlöhne und die sich ständig verschlechternde soziale Situation kämpft – alles Probleme die die extreme Rechten zum Aufbau nutzt – schlagen sie nur das Verbot von Jobbik und anderen rechtsextremen/faschistischen Gruppen vor.

Es ist notwendig, dass Linke, dass echte SozialistInnen und die ArbeiterInnenbewegung an der Spitze der Kämpfe gegen die Angriffe auf demokratische Rechte und gegen den Rechtsextremismus stehen. Und es ist absolut notwendig, den Zusammenhang zwischen diesen Fragen und den ernststen sozialen Problemen im Land aufzuzeigen und eine echte demokratische sozialistische Alternative zu dem Horror, den das kapitalistische System erzeugt hat, aufzuzeigen.

Zweifellos war es für echte MarxistInnen in der letzten Periode schwierig, in Ungarn zu arbeiten. Die brutale Niederschlagung der Revolution von 1956 durch stalinistische Panzer, der Übergang zum Kapitalismus unter der Regie der selben Bürokraten, die vorher noch behauptet hatten, KommunistInnen zu sein und die Korruption der angeblich „sozialistischen“ MSZP-Apologeten des Marktes hat bestenfalls zu

enormen Verwirrungen unter ArbeiterInnen geführt. Die Gewerkschaftsbewegung muss sich von den beschämenden Traditionen der Staatsgewerkschaften während der „sowjetischen Ära“ befreien. Sie hatten nicht die Aufgabe, die Rechte der ArbeiterInnen zu verteidigen, sondern waren vielmehr Instrumente des stalinistischen Staates sowie der Betriebsleitungen, um jeden Versuch von Selbstorganisation der ArbeiterInnen zu verhindern.

Sowohl in den traditionellen, als auch in den neuen Gewerkschaften werden große Veränderungen nötig sein, um diese in echte demokratische Kampforganisationen der ArbeiterInnenklasse zu verwandeln. Es reicht dabei nicht, sich auf den Europäischen Gewerkschaftsbund zu verlassen, da die Gewerkschaftsbürokratie eng verbunden ist mit den sozialdemokratischen Parteien, die ihrerseits verantwortlich sind für massive Kürzungen in den jeweiligen Ländern. Auch in Ungarn spitzt sich die Lage zu und es wird, wie in vielen anderen Ländern, zu starken Bewegungen der ArbeiterInnen kommen. Eine solche Bewegung kann erfolgreich sein und die Rechte der ArbeiterInnen effektiv verteidigen, wenn die zentralen Forderungen die bedingungslose Opposition zu allen Kürzungen bei Jobs, Löhnen und Sozialausgaben sind.

Viele Liberale und Linke haben Ungarn aufgegeben und meinen, es sei an die extreme Rechte gefallen. Das CWI stimmt dem nicht zu. Die mächtigste Kraft in der ungarischen Gesellschaft – die ArbeiterInnenklasse – hat die Bühne bisher noch gar nicht betreten. Es ist unvermeidlich, dass in der Zukunft Kämpfe um eine Reihe verschiedener Fragen – für demokratische Rechte, gegen Rassismus und Antisemitismus – entstehen werden. Die ArbeiterInnenklasse wird immer weniger die Wahl haben und muss sich gegen die Angriffe von Orbán auf Rechte und Lebensstandard der ArbeiterInnenklasse verteidigen.

Dabei wird auch die Notwendigkeit einer Alternative zum neuen kapitalistischen Ungarn aufgeworfen werden. Die Privatisierungen müssen gestoppt und stattdessen müssen zentrale Bereiche der Wirtschaft und die Banken wieder verstaatlicht werden. Aber sie dürfen nicht wie in der Vergangenheit durch eine Staatsbürokratie geführt werden, sondern wie es die ArbeiterInnen auch 1956 verlangten, unter der Kontrolle und Verwaltung von demokratisch gewählten ArbeiterInnenkomitees stehen. Nur so ist es möglich, dass die Wirtschaft im Interesse von allen, und nicht einer kleinen Minderheit, geplant wird. Ein solcher Prozess findet natürlich nicht in einem Land isoliert statt, sondern wird Teil einer Bewegung auch in anderen EU-Staaten sein, den Kapitalismus zu beenden und auf demokratischer Grundlage die vereinigten sozialistischen Staaten von Europa zu errichten.

SozialistInnen müssen sich auf diese Kämpfe vorbereiten, ein Programm und Forderungen entwickeln, die Antworten auf die brennenden sozialen Fragen geben und so die Basis für Jobbik, Fidesz und andere untergraben. Das CWI möchte jede mögliche praktische Unterstützung in dieser Entwicklung leisten.

April 2011  
cwi@socialistworld.net

# Ungarn–Vor Bankrott und Diktatur?

Von Tilman M. Ruster, CWI Österreich

In den letzten Monaten machte Ungarn in den bürgerlichen Medien immer wieder verstärkt von sich reden. Grund dafür ist die wirtschaftliche Krise des Landes, die auch die Stabilität der EU bedroht. Obwohl das Land den Euro selbst nicht eingeführt hatte, verlor der Euro bereits nach Berichten über die wirtschaftliche Lage des Landes an den Börsen. Die Gefahr für den Euro-Raum besteht in den großen Investitionen und hohen Krediten, die europäische, besonders österreichische, deutsche und schweizer Banken in die ungarische Krise verwickeln. Besonders problematisch ist, dass es sich bei den Krediten um Fremdwährungskredite handelt. Der in der Krise ständig abgewertete ungarische Forint macht die Rückzahlung der Kredite in Euro und Schweizer Franken praktisch unmöglich. Aus eben diesem Grund warnen bürgerliche ÖkonomInnen auch vor einem Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone. Es geht aber nicht nur um Kredite für den Staat oder die Wirtschaft, sondern besonders hart trifft es viele Privathaushalte. Banken vermittelten zu Zeiten eines stärkeren Forint Euro- oder Franken-Kredite, die jetzt nicht mehr zurückgezahlt werden können. Viele Haushalte stehen vor der privaten Insolvenz. Anfang 2012 verhandelten ungarische Regierung, IWF und EU über ein Rettungspaket nach griechischem Vorbild.

## Ist Orbán ein Kämpfer gegen das Kapital?

Die Auszahlung eines Rettungspakets, das schon im Oktober 2008 beschlossen wurde, wurde 2010 gestoppt. Die damals frisch gewählte Orbán-Regierung weigerte sich, weiter Spar-Anweisungen von EU und IWF entgegenzunehmen. Stattdessen führte sie eine schwache Bankensteuer sowie „Krisensteuer“ ein, die besonders ausländische Unternehmen traf. Das zeigt die bonapartistischen Züge der Regierung: Obwohl sie in der Praxis für den unbedingten Machterhalt der Bourgeoisie und des Kapitalismus steht, kann sie sich nicht auf ein starkes BürgerInnenentum als soziale Basis stützen. Stattdessen ist sie mehr als gewöhnliche bürgerliche Regierungen auf die Zustimmung von ArbeiterInnen angewiesen. Ein gelegentlicher Schlag gegen die Reichen hilft dabei. Diese Steuermaßnahme macht Orbán also nicht zu einem Linken, sondern zeigt die Schwäche der ungarischen Bourgeoisie. So wurde die Bankensteuer später durch Steuergeschenke an Reiche „wieder gut gemacht“; das Bündnis zwischen Orbán und nationaler Bourgeoisie ist ungebrochen.

In der Folge versuchte Orbán mit seiner 2/3 Mehrheit im Parlament den brutalen Sparkurs, der in Griechenland durch die „Troika“ aus EU-Kommission, EZB und IWF bestimmt wird auf rein nationaler Ebene durchzuziehen. Extreme Angriffe auf das Arbeitsrecht, Pensionen, das Gesundheits- und Sozialwesen, Arbeitslose und diverse andere Bereiche wurden dabei von massiver rassistischer Hetze begleitet: Z.B. wurde die faktische Aufhebung des Kündigungsschutzes mit angeblich „faulen Roma“ begründet, die die Wirtschaft lähmen würden. Auch die eingeführte Möglichkeit, Arbeitslose in Containerparks praktisch zu isolieren und sogar extra

bewachen zu lassen wurde als „Sicherheits-Maßnahme“ gegen Roma dargestellt. Ebenso wurde den Gewerkschaften faktisch das Streik- und Kollektivvertragsrecht entzogen, sowie die Mehrwertsteuer um zwei bzw. drei Prozent erhöht. Bei 27 % Mehrwertsteuer warnen selbst internationale Institutionen, dass das ungarische Steuersystem inzwischen degressiv – also von Unten nach Oben verteilend – wirke.

## **Widerstand gegen den Sparkurs und die rechtsextreme Gefahr in den letzten Jahren**

Natürlich regte sich Widerstand gegen die Maßnahmen. Allerdings blieb dieser ohne politische Vertretung: Die parlamentarische Opposition besteht auf der einen Seite aus der sozialdemokratischen, ehemals stalinistischen MSZP bzw. ihrer Abspaltung und der grün-liberalen LMP. Die MSZP hatte sich in der Vorgängerregierung bereits unglaublich als soziale Alternative gemacht und die LMP hat einen völlig verkopften Zugang. Beide stellen keinen Anziehungspunkt für wütende Menschen mehr da. Auf der anderen Seite des Parlaments steht die neofaschistische Jobbik. Als es im September 2006 zu sozialen Unruhen in Budapest kam, konnte sie eine starke Rolle in der Bewegung spielen. Zehntausende demonstrierten dann für ein „nationales Ungarn“ und lieferten sich heftige Straßenschlachten mit der Polizei. Dabei setzten sie sogar einen gekaperten Panzer ein und besetzten die nationale Fernsehstation. Die extreme Rechte dominierte allerdings diese Proteste teilweise politisch sehr stark und beruft sich bis heute auf diese Tradition der Proteste. Demgegenüber organisierten die großen Gewerkschaften in den letzten beiden Jahrzehnten zwar immer wieder Streiks, orientierten sich aber politisch an der Sozialdemokratie. Für viele in Ungarn gilt Jobbik deshalb heute als glaubwürdigste Opposition und das obwohl sie mit der regierenden Fidesz-Partei in den wesentlichen Punkten übereinstimmt bzw. diese überflügelt. Sie gibt sich „antikapitalistisch“, macht aber „das internationale Judentum“ für Kapitalismus und Krise verantwortlich. Eine Gefahr ist Jobbik damit vor allem für echte Oppositionelle und Minderheiten im Land: mit der verbotenen und rasch widergegründeten „Gardà“ und anderen Schlägerformationen terrorisiert sie ihre GegnerInnen. In einigen Regionen spielen die Schlägergruppen sogar die Rolle einer „Hilfspolizei“. Auf Anforderung rechter Bürgermeister vollziehen sie ihren Terror in offizieller Mission. Aus einigen Dörfern wurde die Roma Bevölkerung bereits völlig vertrieben. Ansätze für positive Entwicklungen bildeten demgegenüber die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst: Nach Angriffen auf Löhne und Arbeitsplätze gab es Proteste und auch Streiks durch Polizei und Feuerwehr. Später kam es auch zu Warnstreiks bei Bus und Bahn gegen die Kürzung der Pensionen und Abschaffung der Frühpensionsregelung. Die Jobbik-Polizei Gewerkschaft „Tatbereit“, die mindestens 10% der PolizistInnen organisiert, beteiligte sich nicht an dem Arbeitskampf und wurde auch bewusst draußen gehalten. Ereignisse wie diese versucht die Regierung mit dem Abbau erkämpfter, demokratischer Rechte zu verhindern. So wurden Gewerkschaften inzwischen aus dem öffentlichen Dienst weitgehend entfernt.

## Ungarn auf dem Weg in die Diktatur?

Sehr viel tiefer greifen die Möglichkeiten der seit 1.1.2012 gültigen, ganz neuen Verfassung. Ein Rat aus Zentralbankern erhält die Möglichkeit das Parlament aufzulösen, falls dies „Budgetgefährdende Maßnahmen“ beschließt. Der Rat wurde selbstverständlich mit Fidesz-Anhängern besetzt. Zusammen mit der aggressiven Besetzung öffentlicher Ämter durch Fidesz-, zum Teil sogar Jobbik-Anhängern besteht für Orbán damit die Möglichkeit, sich auch abseits von Wahlen an der Macht zu halten und diktatorische Elemente in der Regierung zu verankern. Ob er sie nutzt hängt von vielen Faktoren ab, besonders aber dem Verlauf der Wirtschaftskrise und dem Widerstand der ArbeiterInnenklasse in Ungarn. Das Wort „Republik“, kommt seit der Einführung der neuen Verfassung jedenfalls nicht mehr im Namen Ungarns vor. Auch das neue Mediengesetz machte auch außerhalb Ungarns Schlagzeilen und rief international zahlreichen Protest hervor. Es gab einer neuen Kommission die Möglichkeit, kritische Berichte zu verhindern und oppositionelle Medien mit hohen Strafen zu belegen. Die strittigen Passagen wurden allerdings kürzlich durch das Verfassungsgericht aufgehoben. Seit dem ist dieses eine weitere Zielscheibe der Orbánregierung. Trotz 2/3 Mehrheit kann Orbán letztlich keineswegs so schalten und walten wie er möchte. Die wirklichen Entscheidungen fallen in diesem Zusammenhang allerdings nicht im Parlament sondern in der konkreten Auseinandersetzung die sich zum Teil bereits wieder auf die Straße verlagert hat.

### Neuer Widerstand regt sich

Schon 2011 gab es eine Reihe von Demonstrationen und auch Streiks. Am 2.1.2012 gingen in einem neuen Höhepunkt über 50.000 Menschen gegen die neue Verfassung auf die Straße! Die hohe Beteiligung liegt aber sicher auch an der Wut über das soziale Elend, das die Reformen Orbáns hervorgerufen haben. Das zeigte sich schon auf anderen Demonstrationen in der Vergangenheit, zum Beispiel für Pressefreiheit, wo hinter dem eigentlichen Thema des Protestes immer soziale Fragen aufflackerten. Deutlich wird die Wut auch an Wahlumfragen, in denen Fidesz bis Anfang 2012 um bis zu 20% abgesunken ist. Gleichzeitig geben nur noch 40% an, überhaupt wählen gehen zu wollen. Wozu auch? Wichtige parlamentarische Aufgaben wurden längst an nicht-gewählte Gremien abgetreten. Auch zeigen die etablierten Parteien keine greifbare Alternative zu Orbáns Spar- und Belastungskurs. Eine Abspaltung von der MSzP unter einem Ex-Ministerpräsidenten vom Juni 2011 konnte diese Lücke bislang auch nicht füllen. Die Grenzen zur MSzP sind nicht sichtbar genug. Aber gleichzeitig hält sich in Umfragen Jobbik stabil, zum Teil bei bis zu 20%! Als auf der Demonstration am 2.1.2012 allerdings einige Faschisten auftauchten wurden sie mit „Nazis Raus“ Rufen vertrieben.

### Neue politische Ansätze

Die neue Protestbewegung aber bringt Ansätze für neue, linke Parteien mit sich. Gingen Anfangs vor allem Studierende und wenige, empörte BürgerInnen auf die Straße, beteiligt sich seit 2011 auch die ArbeiterInnenklasse an den Protesten und

beginnt, ihnen ihren Stempel aufzudrücken. Auch Gewerkschaften beteiligten sich an der Demo vom 2.1.2012. Das zeigt den Druck der Mitgliedschaft auf die Führung und ist ein gutes Zeichen!

CWI-AktivistInnen aus Ungarn berichten, dass neben vielen anderen Strukturen besonders zwei Initiativen inzwischen damit beginnen, aus der losen Bewegung heraus Parteien zu bilden. Die eine Formation nennt sich Szolidaritás, in Anlehnung an die polnische Gewerkschaft Solidarność.

Dieses Vorbild zeigt einerseits die gewerkschaftliche Herkunft der Partei und ist andererseits ein Versprechen, die Orbán Regierung zu stürzen. Gleichzeitig zeigt es aber die Verhaftung von Szolidaritás im Kapitalismus.

Die zweite Formation nennt sich 4K! (steht für „Bewegung 4. Republik“). Bislang war sie eine kleine, lose oppositionelle Gruppe, die sich stark über das Internet formierte. Mit den großen Protesten wurde sie zu einem Anziehungspunkt vieler Linker in Ungarn. Ihr politisches Profil ist noch unklar, aber auch sie beschäftigt sich vor allem mit demokratiepolitischen Fragen.

## **Neue Partei !?**

Es ist der richtige Zeitpunkt in Ungarn endlich eine linke, kämpferische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche zu gründen. Sie könnte sicherstellen, dass die jetzige Protestbewegung nicht im Sande verläuft. Wichtig ist dabei gleich doppelt das Programm der neuen Partei: Einerseits braucht es konkrete Vorschläge, wie sich die Bewegung weiterentwickeln könnte. Streiks sind ein Mittel, dass die Regierung an einem besonders wunden Punkt treffen würde. Sie wäre gezwungen sich offen auf die Seite der Wirtschaft zu schlagen und sich so zu offenbaren. Auch würden sie das Selbstbewusstsein in den Gewerkschaften und der ArbeiterInnenklasse stärken. So vorbereitet könnte es sich an den Sturz der Regierung machen und hätte auch eine echte Alternative anzubieten! Bedeutend ist auch die gezielte Einbindung von Roma-Organisationen in die neue Partei und die Proteste. Auch die Überwindung der rassistischen Spaltung ist ein Schlüssel im Kampf gegen Fidesz und Jobbik. Noch wichtiger sind aber die Forderungen, die eine neue Partei in die Bewegung einbringen müsste: Der Abbau der demokratischen Rechte und die Hetze gegen Roma sind nur Symptome der radikalen Angriffe auf Löhne, Soziales und den erkämpften Lebensstandard im Allgemeinen. Es braucht ein Programm gegen die Krise und nicht nur gegen Orbán. Kurz: es braucht ein klar antikapitalistisches Programm! Viele Menschen in Ungarn haben bereits jede Hoffnung auf den Kapitalismus aufgegeben. Einige erinnern sich nostalgisch an den „Gulasch-Kommunismus“ von vor 1989, wo es um den Preis von Unterdrückung wenigstens soziale Sicherheit gab. Besonders junge Leute können damit aber nichts mehr anfangen und auch Ältere wünschen ihn nicht wirklich zurück. Viele suchen aber nach anderen Alternativen zum Kapitalismus. Eine neue Partei könnte mit der Idee eines echten, demokratischen Sozialismus sehr erfolgreich sein!



## **Die Sozialistische LinksPartei: Aktiv, international, sozialistisch!**

**Die SLP ist aktiv.** Die SLP ist aktiver Bestandteil der Jugendbewegung gegen Krieg, Bildungsabbau und Rassismus. Die SLP ist Teil der Frauenbewegung gegen radikale AbtreibungsgegnerInnen und aktive Opposition in den Gewerkschaften für einen kämpferischen Kurswechsel.

**Die SLP ist international.** Wir sind Teil des „Komitees für eine ArbeiterInnen Internationale“ (CWI/KAI), dem Organisationen und Parteien in über 30 Ländern auf allen Kontinenten angehören. Wir verstehen uns als Fortsetzung der besten und kämpferischsten Traditionen der österreichischen und internationalen ArbeiterInnenbewegung der letzten 150 Jahre.

**Die SLP ist demokratisch.** Wir haben keine Privilegien zu vergeben. Wir sind vom Establishment, den bürgerlichen Parteien, Konzernen etc. unabhängig. Wir sind keine KarrieristInnen; FunktionärInnen auf allen Ebenen beziehen maximal einen durchschnittlichen FacharbeiterInnen-Lohn.

**Die SLP ist sozialistisch.** Unser Ziel ist eine sozialistische Gesellschaft, die demokratisch und nach den Bedürfnissen der Menschen organisiert ist. Stalinismus und die SPÖ der Vergangenheit hatten mit Sozialismus nichts zu tun.

**Monatlich sozialistische Nachrichten.** Die SLP bringt in ihrer Zeitung **VORWÄRTS** monatlich sozialistische Standpunkte, Analysen zu aktuellen politischen – nationalen wie internationalen – Fragen und Berichte aus Betrieben, Gewerkschaften und politischen Kampagnen. Das **VORWÄRTS** können Sie/kannst du abonnieren.

**Mitmachen.** Mitglied werden kann, wer mit den Ideen der SLP/CWI grundsätzlich übereinstimmt und sich aktiv an der Arbeit der Partei beteiligt. Es ist selbstverständlich, dass in der SLP Rassismus und Sexismus nichts verloren haben. Wir stehen für die Einheit der ArbeiterInnenklasse! Wenn Sie / Du Interesse an einem näheren Kennenlernen der SLP oder einer Mitgliedschaft haben / hast, dann zögern Sie / zögere nicht, uns zu kontaktieren.

☎ 01/524 6310 ✉ [slp@slp.at](mailto:slp@slp.at) 🌐 [www.slp.at](http://www.slp.at)

**SLP**  
Sozialistische LinksPartei

# Edition Sozialistische Literatur



## Über den Sozialismus

Kritik des Gothaer Programms  
– mit einer Einleitung von W. Klein – A5-Broschüre 36 Seiten



## ABC des Kommunismus

von N. Bucharin und E. Preobraschensky – A4-Broschüre 56 Seiten



## Lenins Kampf gegen Stalinismus

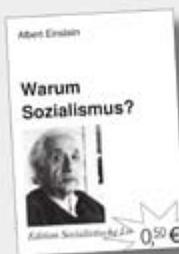
Lenins letzte Briefe und Artikel, mit einer Einführung in seine Ideen. A4-Broschüre 40 Seiten



## Bolschewismus und Stalinismus

von Leo Trotzki – A5-Broschüre 20 Seiten

zu bestellen über: SAV Bundeszentrale, Littenstraße 106/107, 10179 Berlin oder [shop.sozialismus.info](http://shop.sozialismus.info) - Preise zzgl. Portokosten



## Warum Sozialismus?

von Albert Einstein – erschienen 1949 - A5-Faltblatt 8 Seiten



## Was waren Sowjetunion und DDR?

Gegen die Theorie des Staatskapitalismus. Mit Texten von Ted Grant, Wolfram Klein, Sascha Stanicic – A4-Broschüre 70 Seiten

## sozialismus.info Online

### Webseite der SAV – Sozialistische Alternative

- Täglich neue Analysen und Berichte
- Hintergrundinformationen
- Internationales
- Kontakt – Jetzt aktiv werden!

..... [www.sozialismus.info](http://www.sozialismus.info)



# Broschüren und Bücher der SAV



**Kostenlose Bildung für Alle!**  
Ein sozialistisches Programm gegen die kapitalistische Bildungsmisere



**Che Guevara – Revolutionär & Internationalist**  
Welche Lehren lassen sich aus Che Guevaras Kampf ziehen?



**Was will die rote Lucy?**  
96 S., broschiert. Interview mit Lucy Redler. Erschienen im edition ost Verlag



**Für sozialistische Demokratie weltweit**  
Was will die SAV?



**Queer stellen!**  
SAV Programm zur Gleichstellung von Homosexuellen



**Spanien 1936-1939 Von der Republik zum Bürgerkrieg**  
Broschiert, eine Textsammlung zu Revolution und Bürgerkrieg in Spanien. Mit Trotzki's „Die spanische Lehre - eine letzte Warnung“.

zu bestellen über: SAV Bundeszentrale, Littenstraße 106/107, 10179 Berlin oder [info@sav-online.de](mailto:info@sav-online.de) - Preise zzgl. Portokosten

## Solidarität. Sozialistische Zeitung



Neuigkeiten, Analysen und Kommentare – international!  
Abonniere jetzt die Solidarität für 15 EURO im Jahr - zu bestellen über:  
SAV Bundeszentrale, Littenstraße 106/107, 10179 Berlin oder [info@sav-online.de](mailto:info@sav-online.de)  
Erscheint monatlich.

# Zeittafel

**um 1000:** unter Stephan I. wird das christliche Ungarn gegründet.

**1526:** Das Gebiet fällt an die Osmanen, der westliche Teil an die Habsburger, die Ende des 17. Jahrhunderts das gesamte Territorium für sich zurückerobern.

**1848:** Die ungarische Revolution wird von österreichischen, russischen und kroatischen Truppen niedergeschlagen.

**1867:** Ausgleich. Österreich wird eine Doppelmonarchie – Kaiserreich Österreich und Königreich Ungarn. Die ungarische Reichshälfte erhält die innere Selbstverwaltung, die real durch die Magnaten und das Besitzbürgertum ausgeübt wird.

**1914–1918:** Teilnahme und Niederlage Ungarns am 1. Weltkrieg münden in den Sturz der Monarchie.

**1919:** 133 Tage ungarische Räterepublik und anschließender weißer Terror

**1920:** Horthy errichtet eine Diktatur und unterschreibt den Vertrag von Trianon.

**1921:** Erstes antisemitisches Gesetz

**1929/30:** Streiks und Demonstrationen

**1938–1942:** Ungarn erhält von Nazideutschland Gebiete zugesprochen und beteiligt sich am Überfall auf die UdSSR.

**1943–1945:** Versuche des Lavierens der Regierung münden in die

Besetzung des Landes. Drei Viertel der bereits vollständig entrechteten ungarischen JüdInnen werden binnen weniger Monate ermordet.

**1945:** Befreiung des Landes durch die Rote Armee

**Ab 1949:** Vollständige Stalinisierung und damit verbunden Schauprozesse

**1956:** Die ungarische Revolution gegen den Stalinismus wird niedergeschlagen

**1957 bis 1989:** „Ära Kadar“: Der Gulaschkommunismus mündet ab Mitte der 1980er im Übergang der Bürokratie zum Kapitalismus

**1990 bis 1994:** Nationalistische Regierung Antal

**1994 bis 1998:** Sozialdemokratische Regierungsperiode I; massive neoliberale Reformen

**1998 bis 2002:** Kabinett Orban I

**2002 bis 2010:** Sozialdemokratische Regierungsperiode II. 2005 tritt Ungarn der EU bei, 2006 gibt Ministerpräsident Gyurcsany zu den Wahlsieg nur mit Lügen gegenüber der Bevölkerung erreicht zu haben, es folgen Sparpakete und Dauermobilisierungen gegen die Regierung, die von rechts vereinnahmt werden.

**2010:** Kabinett Orban II. Orban erhält 2/3 der Parlamentssitze. Die rechtsextreme JOBBIK ist mit 47 Sitzen im Parlament vertreten.

